

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonement: 3.50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bekannt-  
 machung für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 10. März 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

### Märzfeier im — Kölner Dom.

Die Bedeutung der Märztage im Volke herabzubringen, ist ein  
 altes Beginnen jener reaktionärsten und volksfeindlichsten Klasse,  
 welche die Welt in den modernen Kulturstaaten kennt, des preußi-  
 schen Junkertums. Der Eindruck, den der 18. März 1848 in ganz  
 Deutschland machte, geht am besten aus der Schilderung einer Todten-  
 feier hervor, die zu Ehren der Märzgefallenen im Kölner Dom ver-  
 anstaltet wurde und die die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Nummer  
 vom 30. März 1848 beschreibt. Zu aller Erinnerung drucken wir diesen  
 Bericht ab.. Derselbe lautet:

Die Todtenfeier im Dome zu Köln.

Gestern (29. März) um 10 Uhr Morgens begannen die Gloden  
 von unseren Thürmen ihre dumpfen Klänge niederzulassen; es war  
 das Zeichen zur Todtenfeier für unsere Berliner  
 Brüder. Bald erfüllten Tausende die weiten Räume des Domes,  
 dessen Chor der ersten Feier würdig ausgeschmückt war. Der Hoch-  
 altar, von oben herunter mit breiten Trauerfloren überspannt und  
 mit wehenden Cypressen besetzt, schimmerte im reichen Kerzenglanze;  
 die Wände des Hochchores waren mit schwarzem Tuche aus-  
 geschlagen, worauf die deutschen Fahnen, in jedem Felde kreuz-  
 weise aufgezogen, als Einschluß der umkämpften Bürgerkrieger  
 dienten. Inmitten des herrlichen Chores erhob sich ein großartiger  
 Katafalk, dessen schwarz und weiße Trauerfarben durch die zierlich  
 angebrachten grünen Kränze und Festons, sowie durch Cypressen und  
 Palmenbäume einen sinnreichen Schmuck erhielten, während an den  
 Ecken vier bronzene Kandelaber die Trauerkerzen aufnahmen. Oben  
 auf der Mitte des Katafalks prangte zwischen den deutschen Flaggen  
 eine schöne mit Immortellen und Eichenlaub be-  
 kränzte Bürgerkrone, sowie an beiden Enden zwei  
 Soldatenhelme ruhten. — Der Herr Erzbischof, die Herren  
 Stadtkommandanten und viele Stabsoffiziere,  
 die Mitglieder mehrerer Behörden, des Gemeinderathes und  
 die gesamte Bürgergarde nahmen an der erhebenden Trauer theil.  
 Eine Ehrenwache aus der Mitte der letzteren umstand, mit  
 Trauerflor geschmückt, den Katafalk; eine andere Abtheilung derselben  
 war der Aufrechterhaltung der Ordnung überlassen. Der Stadt-  
 dechant Herr Domkapitular Dr. Filz geleitete das  
 Todtenamt, die Trauerrede hielt Herr Domkapitular  
 Dr. Broig. Die ergreifenden Klänge des Mozart'schen Requiem  
 erhöhten die feierliche Stimmung der Versammlung.

Wir haben damit eine ernste, heilige Pflicht erfüllt. Wir  
 konnten die edlen Todten nicht zu Grabe geleiten, die für die  
 Freiheit des Vaterlandes starben, wir konnten ihre Schläfen  
 nicht mit Lorbeer schmücken; so haben wir ihnen denn aus  
 der Ferne und an heiliger Stätte einen letzten Abschiedsgruß hinab-  
 gerufen in die stille Gruft, wo ihre blutigen Leichname ruhen.

Ja, eine Stunde ernster Erinnerung haben wir erlebt. Als  
 die Gloden von unserem hohen Dome herab so feierlich erklangen,  
 als dann ringsum von allen Thürmen ein trauerndes Echo wieder-  
 hallte in die Ferne, da traten die Bilder der Vergangenheit uns  
 vor die Seele.

Wir gedachten jener mond- und sternhellen Nacht, wo die  
 Strahlen unserer Kapitale zu einem Schlachtfelde wurden. Blü-  
 schnell stiegen die Barrikaden aus dem Boden empor, hinter  
 ihnen die todesmuthigen Streiter des Volkes, jenseits in  
 Massen die künftgeliebten Krieger, und dazwischen das Anrollen der  
 Gewehre, das Donnern der Kanonen, das Wimmern der Sturm-  
 gloden von den Thürmen herab, dazu der Himmel vom Brande  
 geröthet.

Und sodann gedachten wir jener feierlichen Stunde, in welcher  
 Berlin seine Todten zu Grabe trug. Rein, sagen wir nicht Berlin!  
 Es war ein Volk, das an diesem Grabe stand. Es war ein König,  
 der sein Haupt entblöhte vor diesen Leichen. Stumm, in feier-  
 licher Stille zogen diese Tausende hinaus zu jener Ruh-  
 stätte für die Gefallenen. Und an dieser Stätte wird  
 sich ein Denkmal erheben, welches der Nachwelt  
 sagt, daß hier nicht nur ein Kirchof, daß hier ein  
 Pantheon ist.

Gewiß es ist ein großartiges Schauspiel, die Trauer eines  
 Volkes! Sie ist doch etwas Anderes, als jene offizielle Trauer,  
 die auf ein Kommandowort von oben angelegt wird. Sie giebt uns  
 noch heute Zeugniß davon, daß noch ein deutsches Volk lebt, das  
 einig ist in Freud und Leid.

Ja, erinnern wir hier, an den Ufern des Rheines, in dem An-  
 gesichte des Deutschen Domes, in dieser ersten Stunde an eine der her-  
 lichsten Tropfen, welche in jener langen Todesnacht  
 hinter den Barrikaden von Berlin, auf einem zweiten  
 Leipziger Schlachtfelde, erlöpft worden sind.  
 Nicht allein der Absolutismus, nicht allein das Militär-  
 Regiment ist zu Boden geschmettert worden in jener  
 Nacht; auch die künstliche Zwietracht zwischen den Stämmen  
 des Volkes ist besiegt. Zwischen den Stämmen am Rheine und der  
 Ostsee giebt es keinen Mißklang mehr. Von dem Preussennamen  
 ist ein Schatten genommen, der am Rheine über ihm ruhte. Nach  
 langer Entfremdung stehen wir dem Volke an der Ostsee die Brüder-  
 hand hinüber. Die schwarz-roth-goldene Fahne über dem Grabe der  
 Gefallenen wird das Zeichen des Sieges sein.

Und so mögen sie denn in Frieden ruhen in ihrer Gruft! Aber  
 ruhen möge ihr Name, möge das Andenken ihres Todes nicht!  
 Rein, der Gedanke an die Barrikadenkämpfer  
 wird fortleben bis zu kommenden Geschlechtern:  
 er wird, eine ernste Mahnung, um die Throne, um die Völker  
 schweben!

Ähnliche Todtenfeiern wurden in zahlreichen Kirchen des  
 katholischen Rheinlandes veranstaltet, in welcher in gleicher Weise  
 der Opfer der Revolution gedacht und sie verherr-  
 licht wurden.

Und wie wir aus dem abgedruckten Bericht ersehen, nahm  
 an der Feier zu Ehren der Märzgefallenen nicht nur die gesamte  
 katholische Geistlichkeit bis in ihre höchsten Spitzen theil, sondern  
 auch — es ist schrecklich zu sagen, und muß unseren Junkern ob ihres  
 Gebahrens heute die Schamröthe ins Angesicht jagen, falls sie der  
 Scham fähig wären — die Spitzen der Militärbehörden,

das heißt, die vornehmsten Stützen jenes Systems,  
 gegen das sich die Revolution richtete, wie das auch  
 der geistliche Redner im Kölner Dom ohne Scheu aussprach.

Das Denkmal im Friedrichshain, das als ein Pantheon empor-  
 tragen sollte, in dem die Helden ruhen, die für des Volkes Freiheit gestorben,  
 ist heute, nach einundfünfzig Jahren, noch nicht erstanden, und es  
 wird nicht erstehen, so lange jener Geist in Preußen und Deutschland  
 waltet, der gestern in den Feilich, den Puttkamer, den Rimburg-  
 Strum seine würdigen Repräsentanten im preussischen Abgeordneten-  
 hause fand, das, selbst ein Produkt der Revolution, von denen be-  
 herrscht wird, die die Ehre haben, als Volksvertreter in ihm zu  
 sitzen, aber in Wirklichkeit Volkszerreter sind.

Jenes Pantheon ist nicht nur nicht erstanden, nach einundfünfzig  
 Jahren ist der Haß der Reaktion gegen die Ereignisse von 1848 noch  
 so groß und grimmig, daß nicht einmal die Errichtung einer ein-  
 fachen Umfassung für die Ruhstätte der Gefallenen die behördliche  
 Genehmigung findet.

Wo aber bleibt die Energie des Bürgerthums gegen Zustände,  
 die gleich sind jenen, die das Jahr 1848 für kurze Zeit unmöglich  
 gemacht hatte? Das Bürgerthum hat seine früheren Ideale an den  
 Nagel gehangen, pflegt sich den Wauz und jubelt demselben Mil-  
 ITARISMUS zu, den es einst als seinen bittersten Feindhaßte und be-  
 kämpfte.

Die Märzgefallenen haben bis heute kein Denkmal, aber daß sie  
 es nicht haben, ist auch ein Denkmal, und zwar ein Denkmal von  
 unserer Zeiten Schande.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März.

Lex-Heinze.

Länger als ein halbes Duzend Jahre quält sich der Sitt-  
 lichkeitseifer der Regierungen und der Reichstags-Parteien,  
 ein Gesetz gegen Laster und geschlechtliche Sündhaftigkeit zu  
 stande zu bringen. Voran im Streite gegen böse Sinneslust  
 marschirt das fromme Centrum. Durch verschärfte Strafgeset-  
 zaragraphen, durch neue Verbote soll die Unsitlichkeit des  
 Volkes bekämpft werden, soll die Jugend vor Erregungen  
 niedriger Leidenschaft bewahrt werden.

Aber das Gesetz konnte nicht zu stande kommen, da  
 zwischen den Parteien und den Regierungen keine Einigkeit  
 über einzelne Bestimmungen zu erzielen war. Auch heute  
 wieder erklärten die Regierungen durch den Mund des  
 Herrn Staatssekretärs Rieherding: Wenn Unter-  
 nehmer, die unter Mißbrauch des Arbeitsverhältnisses sich  
 unethisch an ihren Arbeiterinnen vergehen, einer besonderen  
 Bestrafung unterworfen werden sollten, wie es Centrum und  
 Sozialdemokratie verlangen, so sei der ganze Entwurf un-  
 brauchbar. Dieweil also in der großen Farben geschaltete  
 Unsitlichkeit des Volkes fortwuchern, als daß den abscheu-  
 lichsten Sittlichkeitsvergehen der Unternehmer besonders ernst-  
 lich entgegengewirkt werde!

Doch diese ganze Gesetzgebung — selbst wenn sie in  
 einigen Beziehungen geringe Besserungen bringen könnte —  
 bleibt thörichtes, werthloses Nidwerk, so lange nicht auf die  
 tieferen Ursachen der Unsitlichkeit zurückgegangen wird, welche  
 in den sozialen Nothständen der unteren Volksklassen liegen.  
 Die Rede des Centrumsredners Koeren floß über von Ver-  
 dammniß des Schlechten und Unethischen, aber sie haßte  
 durchaus an Keuferlichen und Oberflächlichen. Erst unser  
 Parteigenosse Nebel brachte die Debatte auf die Höhe,  
 welche dem ernstesten Gegenstand gebührte. Seine Rede brachte  
 Feuer in die müde dahinschlappende Verathung, beleuchtete  
 dies Problem bis in seine Tiefen und ermahnte die Eiferer  
 für Volksversittlichung, der Unsitlichkeit in ihrer eigenen Klasse  
 wohl zu gedenken.

Nebel wandte sich gegen jene pharisäische Moraliterei,  
 welche Steine wirft auf die sittlich Entgleitenen, welche mit  
 Gefängniß und Zuchthaus die Unsitlichkeit heilen will,  
 die im tieferen Grunde eine Schuld der Gesellschaft ist.  
 Er gab dem nationalliberalen Medikus Endemann, der  
 die Prostitution als unausrottbar erklärte, insofern Recht, daß  
 allerdings auf dem Boden einer Ausbeutungsgesellschaft diese  
 furchtbare Erscheinung nicht völlig beseitigt werden kann. Aber  
 auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsverfassung sei Besserung  
 zu schaffen durch ernsthafte Sozialreform, durch  
 Hebung der wirtschaftlichen Lage der in Industrie und Handel  
 um gänzlich unzureichenden Lohn beschäftigten Mädchen und  
 Frauen. Diesen einzig erfolgreichen Weg der Sittlichkeits-  
 bekämpfung zu beschreiten, lehnen aber die bürgerlichen Parteien  
 ab, so daß ihr Sittlichkeitsseifer überhaupt nicht ernst  
 genommen werden kann.

Nebel besaßte sich aber auch eingehend mit den Einzel-  
 heiten des Gesetzentwurfs, befuhrortete den Arbeiterinnen-  
 schutz gegen Unternehmerschamlosigkeit und lehnte ab das  
 Centrumsverlangen, daß das Feilhalten von Literatur und  
 Schriften, die gegen die Sittlichkeit verstoßen oder die Sinn-  
 lichkeit erregen, bestraft werden solle, weil eine solche Straf-  
 bestimmung wirklich unsittliche Dinge nicht beseitige, wohl  
 aber ein bequemeres Werkzeug frömmelnder Bigotterie gegen  
 freie Kunst und Wissenschaft bilden würde.

Nebels Rede, die durchweg vom ganzen Hause mit dem  
 größten Interesse gehört wurde, erregte allgemeine Sensation,  
 als der Redner zu einem scharfen Angriff gegen das Berliner  
 Polizeipräsidium übergieng.

Auch die scharfe Kritik wegen der Vergnadigungen  
 von Sittlichkeits-Verbrechern aus der „guten

Gesellschaft“ bildete einen der Höhepunkte der Nebel'schen  
 Rede; der Präsident v. Vallestrem verfuhrte bei dieser  
 Gelegenheit wieder einmal, die Redefreiheit zu beschränken; er  
 mußte sich alsbald belehren lassen, daß er im Unrecht war,  
 und Nebel führte die betreffenden Darlegungen bis zu Ende.

Die Reden der übrigen Debatter waren herzlich un-  
 bedeutend. Nur eine recht bemerkenswerthe Episode bot  
 Dr. Endemann von den Nationalliberalen. Er benutzte  
 nämlich die Gelegenheit, um sich und einen Theil seiner Partei-  
 genossen ausdrücklich von den Vetschowestern seiner Partei,  
 den Paasche und Oriola, loszusagen. Er glaube nicht  
 an die „allein befehlende Macht der Kirche“, Moral und Religion  
 seien wohl auseinanderzuhalten. Die Paasche und Oriola  
 mochten wohl vorher wissen, welche entsetzliche Rezeren ihr  
 Parteigenosse plane, sie hatten den Saal verlassen und beteten  
 sicherlich irgendwo in einem stillen Kämmerlein ein Sühne-  
 gebet für ihre räubigen Parteischüßlein, die noch nicht zur  
 wahren und allein selig machenden Kirchlichkeit durchgedrungen  
 waren.

Der Gesetzentwurf sammt den Abänderungs- und Zusat-  
 zträgen aus dem Hause wurde einer Kommission von  
 21 Mitgliedern überwiesen. Es folgte noch die Erledigung  
 einiger Wahlprüfungen, wovon nur die Wahl des Abgeordneten  
 Stöcker zu erwähnen ist, welche beanstandet wurde.

Freitag: Kolonial-Etat, Auswärtiges Amt. —

### Der Etat des „Geistes“.

Das Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Lesung des  
 Kultusetats, die, wie alljährlich, mit langen Kulturkämpfen  
 eingeleitet wurde. Zwar bemühten sich die beiden Redner des  
 Centrum, die Abgg. Daugenberg und Dr. Worsch, einen  
 sanfteren Ton als gewöhnlich anzuschlagen, aber nur in der Form  
 ihrer Worte trat die verständliche Stimmung zu Tage, in der Sache  
 selbst waren sie entschiedener als je. Die Herren wissen, daß  
 Centrum Trumpf ist, und sie präsentierten deshalb der Regierung  
 ganz ungenirt die Rechnung für all' die Verwässerung, die sie seit  
 Jahren an dem Volke verübt haben. Für die Beschränkung der  
 wahren Rechte des Volkes, für die fortwährende Belastung des Volkes,  
 woran das Centrum im Reichstage nach Kräften mit thätig gewesen ist,  
 fordert es jetzt als Belohnung die Auslieferung der Volksschule in Preußen,  
 an die Kirche um zu der Volksausbeutung und Volkserdrückung  
 die Volkserdrückung hinzuzufügen zu können. Herr Worsch wies  
 auch ganz offen darauf hin, daß das Centrum darauf rechnet, daß  
 die Stelle des Unterrichtssekretärs im Kultusministerium mit einem  
 Katholiken, vielleicht sogar mit einem Mitgliede der Centrums-  
 fraktion besetzt wird.

Die Antwort des Kultusministers Boffe war mehr als ent-  
 gegenkommend. Zwar widersprach er noch wie vor dem Verlangen  
 nach einem konfessionellen Volksschulgesetz auf christlicher Grundlage,  
 er zeigte sich aber keineswegs abgeneigt, mit den Resten der Kultur-  
 kampfs-Geize aufzuräumen und feuerte das Centrum sogar an. An-  
 träge in dieser Richtung zu stellen, wozu er ihm das Material gern  
 überlassen wolle. Wenn Herr Boffe bei dieser Gelegenheit  
 davon sprach, daß die Gewissensfreiheit das höchste Gut sei,  
 in das der Staat auf keinen Fall eingreifen dürfe, so  
 entlockt ein solcher Anspruch aus dem Munde eines Mannes,  
 der die Lex Arons geschaffen hat und den Professor Delbrück zu  
 maßregeln im Begriff ist, dem Zuhörer höchstens noch ein miß-  
 leidiges Lächeln. Der Gute merkte nicht einmal den Widerspruch  
 zwischen seiner Forderung der Gewissensfreiheit und seiner Wen-  
 dung: Der sozialdemokratische Satz: „Religion ist Privatsache“, sei  
 eine große Lüge.

Die Debatte verlief wie alle Kulturkampf-Debatten. Die Redner  
 des Centrum und der Nationalliberalen wütheten gegen einander  
 und wärmten den schon oft aufgewärmten Kohl auf. Das Centrum  
 zählte die Nationalliberalen aus, diese das Centrum, und nur der  
 heilige Paasche fühlte sich fernab von dem Parteigetriebe und jubelte  
 allen Rednern zu. In die Forderung des Centrum nach einem  
 konfessionellen Volksschulgesetz stimmten auch die Konservativen mit  
 ein, während die Freikonservativen entschieden gegen die Auslieferung  
 der Schule an die Kirche protestirten.

Als einziger Redner, der sich um die Kulturpaukeren nicht  
 kümmerte, trat der freisinnige Kopsch auf, um eine Abrechnung  
 mit dem Landwirtschaftsminister Freiherrn v. Hammerstein wegen  
 seiner belannten Rede über die Volksschule bei Gelegenheit der Ver-  
 sprechung der Interpellation über den ländlichen Arbeitermangel zu  
 halten. Seine scharfen Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister  
 wurden von der Rechten mit großer Unruhe aufgenommen, und  
 auch dem Präsidenten von Kröcher war es offenbar nicht  
 recht, daß bei der Verathung des Kultusetats sogar über die Volkss-  
 chule geredet wird. Er forderte den Redner auf, endlich  
 zum Kultusetat zu sprechen — ein Zeichen, daß er der  
 Ansicht ist, daß das Volksschulwesen bereits dem Landwirtschafts-  
 minister unterstellt ist. Auffallend war es, daß der Minister Boffe  
 während der Kopsch'schen Rede den Saal verließ und dem Redner keine  
 Antwort erteilte. Die Erwiderung übernahm der freikonservative  
 Vieredner Gamp in Form einer in nichternem Zustande gehaltenen  
 und darum unwirksamen Bierrede. Eine so harte Strafe, von Herrn  
 Gamp vertheidigt zu werden, hat der Landwirtschaftsminister denn  
 doch nicht verdient.

Morgen: Fortsetzung. —

### Deutsches Reich.

Die Kunst im Reichstage. Eine Reihe namhafter Münchener  
 Künstler haben, wie angeündigt, an den Erbauer des Reichstags-  
 Hauses Wallot ein offenes Schreiben gerichtet, aus dem wir  
 folgende Sätze wiederholen:

„Mit tiefem Bedauern und gerechter Ent-  
 rüstung haben wir Kenntniß genommen von den maßlosen  
 Angriffen, die in der Reichstagsfikung vom 1. März ge-  
 legentlich der Verathung über die künstlerische Ausschmückung des  
 deutschen Reichstagsgebäudes gegen Sie, den hochgeschätzten Er-  
 bauer des Hauses, und gegen andere hervorragende Künstler ge-  
 richtet wurden.“

Wir glauben, mit der gesamten deutschen Künstlererschaft einig zu sein, wenn wir vor der Öffentlichkeit erklären, daß wir jenen peinlichen Vorfall aufrichtig bedauern und als eine unserem ganzen Stande widerfahrene Kränkung mitempfinden.

Das Recht der freien Meinungsäußerung über künstlerische Fragen steht selbstverständlich jedermann zu; Zustimmung und Mißfallen offen ausdrücken, kann auch dem wenig urtheilsfähigen Laien nicht verwehrt werden. Wogegen wir aber mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen müssen, das ist der geringfügige Ton, die verlegende Form der jüngsten Ausfälle eines Mitgliedes des Reichstages gegen Künstler von anerkanntem Ruf, eine Form, die in jedem anderen Falle als unparlamentarisch gerügt worden wäre, und die hier umso weniger entschuldigbar erscheint, als der Inhalt des Vorgebrachten eine sachliche Begründung fast ganz vermissen ließ.

Nicht unterlassen können wir es, unser Verehrten darüber zum Ausdruck zu bringen, daß weder von Seite des Präsidiums noch aus der Mitte der Abgeordneten gegen eine derartige Vermengung ernster künstlerischer Arbeit energisch Einspruch erhoben wurde. Jeder im Saale nicht anwesende Beamte irgend eines Ressorts pflegt vor alkali heftigen, gegen seine Wirksamkeit sich richtenden Angriffen durch den Leiter der Debatte geschützt zu werden. Den gleichen Schutz auch abweisen, deshalb zu eigener Vertheidigung unfähigen Künstlern zu Theil werden zu lassen, scheint man nicht für der Würde werth zu erachten. Die Beurtheilung solcher Werthschätzung von Kunst und Künstlern können wir getrost der Öffentlichkeit überlassen.

Ganz unerhört muß uns aber der Gedanke erscheinen, Ihnen hochverehrter Meister die fernere Einwirkung auf Ihr großes Werk durch Entziehung der Oberleitung über die künstlerische Ausschmückung unmöglich zu machen. Wir setzen das feste Vertrauen in die weitaus größte Mehrzahl der Mitglieder des Reichstages, daß sie einen dahin zielenden Antrag niemals zustimmen werden, und wir glauben auch, daß kein deutscher Künstler sich bereit finden lassen würde, die Stelle einzunehmen, von der Sie verdrängt worden sind.

Herr Dieber hat sich diese Abzanzelung gewiß recht verdient. Aber zweierlei Einwendungen müssen wir gleichwohl hervorheben. Erstlich ist der Vorwurf gegen das Präsidium in diesem Falle gänzlich ungerechtfertigt. Selbst das Strafgesetzbuch läßt mit Recht die Kritik künstlerischer Leistungen auch in der schärfsten Form zu, weil Angriffe gegen Kunstwerke nicht persönliche Beleidigungen ihrer Urheber sind, weil der Vorwurf ästhetischer Unfähigkeit keine Verdächtigung des sittlichen Charakters ist, der allein beleidigt werden kann.

Weiterhin aber wäre zu wünschen, daß die Künstler sich nicht nur dann ruhig an die Öffentlichkeit wagen, wenn es unberechtigte Angriffe von Reichstags-Mitgliedern abzuwehren gilt. In anderen Fällen, wo die staatliche Kunstpflege in schlimmer Weise beeinträchtigt worden ist, hat man von derlei öffentlichen Protesten nichts gehört, wenn man auch insgeheim sehr genug geklagt hat.

Die stitliche Verrohung, der unsere Scharfmacher mehr und mehr verfallen sind, äußert sich in einem Maße, das einer der „Post“-Hefen im Stummischen Geiste schreiben mußte. Das Blatt zieht aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Märzfeier den folgenden Schluß:

Man wird daher für den 18. März mit einer Reihe von öffentlichen Demonstrationen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie zu rechnen haben, welche ohne Zweifel einen ziemlich lärmenden Charakter annehmen würden, wenn nicht der Erfolg über den Waffengebrauch der Polizei beruhigend wirkte.

Das ist eher Lockspiegel-Art, ja in kaum verhallter Form Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten der Polizei. Aber diese Rohheit ist zugleich sehr einseitig; denn die „Post“ verräth hier, was die Reaktionen bisher eifrig bestritten haben, daß der Sächterlach Meder's doch etwas Neues sei, daß er eine Verschärfung der früheren Bestimmungen darstellt.

Das Zentrum hat das Unglück, durch die „Post“ von dem Vorwurf gereinigt zu werden, daß es sich an die Regelung in der Militärfrage verhalten hat. Es habe nicht aus Berechnung, nicht um Gegenleistungen willen, seine ganze bisherige Aufmerksamkeit fallen gelassen, sondern aus — Angst!

Die Bedeutung liegt darin, daß das Zentrum mit seiner Erklärung auf Gegenleistungen für seine Leistung verzichtet, vielmehr einfach der Thatsache Rechnung trägt, daß die Regierung entschlossen ist, aus der Ablehnung von Forderungen, welche sie für die militärische Sicherheit Deutschlands für notwendig erachtet, die äußersten Konsequenzen zu ziehen.

Die Überzeugung, daß diese Entschlossenheit bei der Regierung vorhanden ist, und daß man gegebenenfalls mit einer Wiederholung des 1893 so erfolgreichen Vorgehens der Regierung zu rechnen hat, ist schon im vorigen Jahre bei der Annahme der Flottenvorlage von entscheidender Bedeutung gewesen, sie erweist sich jetzt wieder als die Haupttriebfeder für eine der Regierung annehmbare Verabredung der Militärvorlage und wird auch in Zukunft sich als das wirksamste Mittel bewähren, von dem Zentrum die Bewilligung der für Heeres- und Flottenzwecke notwendigen Mittel zu erlangen.

Es ist nicht unsere Sache, dem Zentrum die Verschuldung fälschlicher Reue abzuwaschen. Wenn aber die „Post“ fabelt, daß 1893 das Vorgehen der Regierung, d. h. die Auslösung des Reichstages erfolgt gewesen ist, so steht dem die geschichtliche Thatsache gegenüber: Das Ergebnis der 1893er Wahl war eine große Mehrheit der Stimmen gegen die Militärvorlage. Und auch im Reichstag wäre die Militärvorlage abermals abgelehnt worden, wenn nicht die Antimilitaristen, die in der Wahlkation anfangs gegen die Vorlage geradezu gewühlt hatten, elende Verrätherie geübt hätten, als es sich fügte, daß gerade von ihrer Abstimmung die Entscheidung abhing.

Dem Grafen Posadowski wird zur Zeit eine nervöse Abspannung nachgelagt, die ihn zwingen würde, demnächst einen längeren Urlaub anzutreten. Sollte er nervös geworden sein, weil seine Nachfolge über Antiterrorismus ihm der Unternehmerrterrorismus entdeden ließ? Wird man in der „Ulouszeit“ geneigter werden, Stumm's Justizhausbesuch zu befriedigen?

Ein Entwurf von Bestimmungen über den Betrieb von Getreidemöhlen ist dem Bundesrath zugegangen. Danach muß den Besitzern und Lehrlingen innerhalb der auf den Beginn ihrer Arbeit folgenden 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden gewährt werden. Auf Windmühlen findet diese Vorschrift keine Anwendung. Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen in Getreidemöhlen nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 1/2 Uhr Morgens beschäftigt werden. Die Bestimmungen sollen am 1. Juli 1899 in Kraft treten.

Gegen die zweijährige Dienstzeit wählen die Reaktionsmilitaristen unausgesetzt. Der Herausgeber der „Intern. Revue“ über die Armeen und Flotten, Major v. Willeben, fordert 2 1/2 jährige Dienstzeit und Zurücktransportierung der Reservisten in ihre Heimathbezirke.

Wenn auch die „Kreuz-Zeitung“ selbst an der Durchführbarkeit dieser von ihr lebhaft begrüßten „Reform“ zweifelt, so zeigen solche Mißereien, daß das deutsche Volk alle Veranlassung hat, den Gegnern der zweijährigen Dienstzeit gehörig auf die Finger zu zeigen.

Nicht in Ungnade gefallen. Vor einigen Tagen wurde berichtet, der Kommandant des asiatischen Kreuzergeschwaders, Admiral v. Diederichs, sei durch den Prinzen Heinrich ersetzt worden, weil er wegen Mangels an Takt im internationalen Verkehr in Ungnade gefallen sei. Dies soll nicht der Wahrheit entsprechen. Die „Korb. Allg. Ztg.“ schreibt offiziell:

Dieser Wechsel war für jeden Kenner des Dienstbetriebes in der Marine ganz selbstverständlich, da seit Jahren in der Marine

der Brauch besteht, die im Auslande befindlichen Offiziere alle zwei Jahre abzulösen. Insbesondere sind Angaben, wie die, daß Admiral v. Diederichs in Ungnade gefallen sei und wegen Mangels an Takt und Unkenntnis der Höflichkeit im internationalen Flottengebrauche getadelt werde, völlig unbegründet.

Außer dem Unterstaatssekretär v. Wehrauch tritt nach der „Nat.-Ztg.“ auch der Botschafts-Geheim-Oberregierungsath Dr. Schneider aus dem Kultusministerium in den Rufstand. Die der „Hannov. Cour.“ aus sicherer Quelle vernommen, steht die Ernennung des Ministerialdirektors Dr. v. Bartsch zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium außer allem Zweifel.

Der Herr von Lippe. Justizrath Rechtsanwalt Assmann in Detmold hat gegen den Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld, dem Regenten des Fürstentums Lippe, eine Forderung bei dem dortigen Gericht eingeklagt. Der Kläger glaubt, infolge Erhebung von juristischen Rathschlägen in der lippeischen Thronfolge-Frage finanzielle Ansprüche an den Grafen zu haben, und beziffert seine Forderung nach der „L. Z.“ auf 9000 M. vorbehaltlich einer Erhöhung der Summe. Das Streitobjekt ist auf 30 Millionen Mark bewertet. — Man weiß nun wenigstens, welchen Kapitalwert das Amt darstellt, ein kleines Ländchen zu regieren, und man versteht, warum dieser Posten so begehrt ist. 30 Millionen sind in der That keine Lumperlei.

Eine Ausweisung nennt die „Konserbative Korrespondenz“ den Ausschluß einer Sozialdemokratin aus der Partei und findet einen Widerspruch darin mit unserer Stellung gegen die Kollerei. — Zu dumm, selbst für die „Konf. Korresp.“! So etwas sollte sie der „Post“ überlassen.

Der Dreißig-Jährige ist seines Postens als Amtsvorsteher entbunden worden. — Schade; denn man kann es nur ohne die Autorität des Staates, als bloßer Privatmann, das deutsche Volk die Kunst des Dreißigens lehren, und wird am Ende gar Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ werden müssen. Wer sich in unserer Zeit des Vorkultus derart für schwebende Mittel begeistert, sollte doch die Treppe der staatlichen Karrieren hinauf fallen, nicht aber schände hinunter geworfen werden.

Die Insel Helgoland war bisher — abgesehen von ihrer Natur Schönheit — in deutschen Ländern besonders durch die Leichtgläubigkeit berühmt, mit der auf helgoländischem Boden Verleumdungen geübt werden konnten. Zahlreiche Wägen, deren Verbindung in der Heimath irgend welche Schwierigkeiten entgegenstanden, gingen nach Helgoland, um dort ohne viel Förmlichkeiten getraut zu werden. Das bürgerliche Ehepaar bezieht nun gütlicher Weise dieses Ehefähigkeitsrecht auf Helgoland. Eine beim Abgeordnetenhause eingegangene Petition verlangt aber die Erhaltung des bisherigen Rechtes, andernfalls Entschädigung. Allerdings haben die Helgoländer für die Vornahme der in der Heimath der Brautleute unmöglichen Trauung recht hohe Gebührensätze geschaffen. Von jeder Trauung erhält der evangelische Pfarrer 100 M., die politische Gemeinde 57 M., ein besonderer Beamter 11 M., zwei Lehrer je 6 M. In den letzten fünf Jahren haben 10 der Beihiligten 104 000 M. bezogen! 1898 waren die Einnahmen besonders beträchtlich. Die Helgoländer machen auch geltend, daß neben den Gebühren auch der Ansehnlichkeit der Brautleute, mitunter auch eines Verwandtenkreises, eine Einnahmequelle bildet.

Draunschwieg, 9. März. Der Landtag nahm endgültig mit mehr als Zweidrittelmehrheit das neue Wahlgesetz an. Damit ist die gesamte Wahl- und Steuerreform in Draunschwieg zum Abschluß gelangt.

Die badischen Wahlkreisgeometer haben das erste Stadium ihrer Arbeit hinter sich. Die Verfassungskommission der II. Kammer erhielt die Aufgabe, eine Veranschaulichung der Parteien über die Schaffung eines neuen Wahlgesetzes für den Landtag zu suchen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß entsprechend der großen Vermehrung der Bevölkerung mindestens eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten erfolgen müsse und zwar so, daß etwa auf 25 000 Einwohner ein Mandat komme. Der Zentrums-Abgeordnete Wader arbeitet seit Jahren mit einem anerkanntem Fleiß an der Lösung dieser wahlgeometrischen Aufgabe. Nach allen Weisungen verfuhr er, der Aufgabe gerecht zu werden, unter möglicher Schonung der staatlichen Verhältnisse, mit Berücksichtigung der historischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der bisherigen Zusammengehörigkeit der landlichen Orte eine größere Anzahl Wahlkreise durch Trennung oder Zusammenlegung zu bilden und der Grundzahl von 25 000 Einwohnern möglichst nahe zu bleiben.

Eine Subkommission von 7 Abgeordneten beschäftigte sich mit dieser Wahlkreis-Eintheilung. Dabei zeigten die Nationalliberalen durch ihre systematische Reogation, daß es ihnen um die Vereinfachung der Mandatsvermehrung auf Grund einer Kreisverteilung zu thun ist. Sie machten ihrerseits keinen Vorschlag zur Wahlkreis-Eintheilung. In der Höhe der Debatte entschied sich dem Abg. Ding aber das wichtige Verständnis, daß das bisherige Wahlgesetz den tatsächlichen Wünschen des Volkes für die Verlegung der zweiten Kammer gerecht würde. Das heißt also, daß die Verschärfung der nationalliberalen Herrschaft und die Vermehrung der sozialdemokratischen und bürgerlichen Opposition auch von den Nationalliberalen als ein Akt der historischen Nothwendigkeit und Gerechtigkeit angesehen wird.

Die Subkommission kam am Dienstag mit 4 gegen 3 Stimmen zu dem Mehrheitsbeschlusse, der Verfassungskommission die Wader'sche Arbeit als Material zur Veranschaulichung zu unterbreiten. Für die vier größten Städte des Landes handelte es sich um eine Vermehrung der Mandate um 7, so daß Mannheim 5 (3), Karlsruhe 4 (3), Pforzheim und Freiburg je 3 (2) Abgeordnete zu wählen hätten. Daß die Sozialdemokratie hier, trotz des indirekten Wahlgesetzes, die beste Ernte haben wird, bezweifeln auch die Gegner nicht. Indessen arbeitet bei dem Widerstand des Ministers Eisenlohr, seiner Nationalliberalen und der Paicokammer die Verfassungskommission, worin die Abg. Dreosbach und Gedder, für diesmal wieder pro nihil.

München, 9. März. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute mit 114 gegen 21 Stimmen das neue Gewerbesteuer-Gesetz an, jedoch nummehr alle zur Steuerreform gehörigen Gesetze von der Kammer der Abgeordneten genehmigt sind. — Die Kammer der Reichsräthe hielt heute ihre erste Sitzung in dieser Session ab. Präsident Graf Lerchenfeld widmete den beiden verstorbenen Kanzlern des Deutschen Reiches einen äußerst warmen Nachruf, in welchem er besonders die Verdienste Wiomars hervorhob. Auch dem zweiten Kanzler, dem Grafen Caprivi, der Soldat und Ritter in seinem Wesen war und die ihm gestellte Aufgabe getreulich durchführte, wurde hohes Lob eintroues Andenken bewahren. — Im preussischen Abgeordnetenhause ist des Grafen Caprivi, der preussischer Ministerpräsident war, nicht gedacht worden.

Polizeithaten in Elbsh-Lothringen. Eine am Sonntag Nachmittag in Metz stattgehabte Privatversammlung der Maurer und Steinbauer, bei deren Einberufung die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften genau beachtet worden waren, versick wiederum der polizeilichen Aufsicht. Der plötzlich im Versammlungsort erscheinende Kommissar erklärte die Zusammenkunft als eine öffentliche, die als solche der polizeilichen Genehmigung bedürfe, und motivirte dies damit, daß die Einladungen an die einzelnen Teilnehmer mittels gedruckter Formulare erfolgt waren. Daß dieses jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Vorgehen der Meher Polizei gegen das bisher reichsständische Versammlungsberechtigt in der Rechtsprechung der polizeilichen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft erschöpft, während man den frommen und patriotischen Vereinigungen den weitesten Spielraum gewährt, dürfte den Kenner der elbsh-Lothringischen Rechtszustände nicht sonderlich überraschen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung war der Anbauer Grimlinger aus Veldenhof aus Nacho von dem Anbauer Ding und dessen Ehefrau, ebenfalls aus Veldenhof, bei der Staats-

anwaltschaft demüthigt worden. G. wurde vom Landgericht Draunschwieg freigesprochen.

Wegen Majestätsbeleidigung ist der von seinem Wittwe demüthigt dänische Smedt Rissen Ohlsen, der zuletzt auf einem Hofe bei Kappeln diente, von der Flensburger Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden. G. soll ungebührliche Bemerkungen über Wilhelm II. gemacht haben.

### Chronik der Gewaltthatigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Justizhaus - Kurs.)

Man berichtet uns:

Vor der Grauburger Strafkammer stand am 4. März der Landwirth Wegener aus Al. Graubau, angeklagt wegen Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung. Am 27. Dezember hatte sich ein bis dahin bei ihm in Dienst stehender Arbeiter etwas angetrunken und war mit dem Angeklagten in Streit gerathen. Schließlich verlangte der Arbeiter seinen Lohn und seine Papiere, weil er sich andere Arbeit suchen wollte. Wegener rief ihn in sein Zimmer und der Arbeiter, welcher glaubte, er würde abgeholt werden, ging hinein. Sowie er das Zimmer betrat, versetzte der Angeklagte die Thür und versetzte dem Arbeiter mit einem harten Gegenstand einen derartigen Schlag an den Kopf, daß er zu Boden fiel; dem am Boden Liegenden versetzte er dann Stöße mit den Füßen gegen den Leib. Dann rief der Angeklagte ein Gewehr von der Wand und schrie: „Hund, ich schleiche Dich todt.“ Schließlich ließ er den Wüthenden aus der Stube. Nach einem ärztlichen Attest hat der Arbeiter durch die Fußstöße einen Leistenbruch davongetragen. Der Gerichtshof verurtheilte den rohen Patron zu der Strafe von einem Monat Gefängnis.

### Weibliche Aufsichtsbeamte beim Fabrikinspektorat.

Man schreibt uns aus Baden: In dem Augenblick, wo das preussische Abgeordnetenhause sich mit der Frage der Anstellung von Fabrikinspektorinnen prinzipiell beschäftigt und eine vollständige Aufstellung des badischen Fabrikinspektorats zu zeigen, wie die Regierung eines eben fortgeschrittenen Staates über die Verwendung weiblicher Beamten in der Gewerbe-Aufsicht denkt. Die badische zweite Kammer nahm mit großer Mehrheit auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag an:

Die Regierung aufzufordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete weibliche Personen auszuwählen und auszubilden zu lassen und im nächsten Budget die Mittel vorzusehen, damit dieselben als Assistentinnen der Gewerbe-Inspektion angestellt werden können.

Der Bericht der Fabrikinspektion glaubt, daß zwei Lösungen dieser „bei der Reueit der Sache“ noch undeutlichen Frage möglich sind:

entweder stellt man Arbeiterinnen oder aber Damen an. Die erste Kategorie sollen Personen etwa von der Qualität besserer Aufseherinnen und Werkmeisterinnen sein, denen die Ueberwachung des Arbeitersubjekt-Vollzuges mit Beziehung auf die weibliche Arbeiterchaft zufiele; sie hätten ungefähr dasselbe zu thun, wie die männlichen Beamten. Sie würden aber nur einen Theil der routinemäßigen Geschäfte zu besorgen haben und ihre Mitwirkung würde mit geringen Ausnahmen bei Reuanlagen ausgeschlossen sein. Die Wegnahme eines Theils der Arbeit unserer männlichen Beamten würde die ganze Institution diskreditiren.

Werkwürdigerweise glaubt die Fabrikinspektion bei der weiblichen Arbeiterchaft Badens voraussetzen zu dürfen, daß solche weibliche proletarische Aufsichtspersonen ihr Vertrauen nicht so leicht erringen können, wenn sie nicht in einer Reihe von Jahren eine besondere Thätigkeit im Interesse der weiblichen Arbeiterchaft im Ganzen entfalten können in zusammenhängenden persönlichen Verkehr.

Doch dürfte die Ausfüllung der Lücke nicht unterlassen werden. Denn, so führt der Bericht aus, die Frauenarbeit hat im Laufe der industriellen Entwicklung eine außerordentliche Ausdehnung gewonnen und gewinnt fortwährend immer mehr; viele Arten gewerblicher Arbeit üben gerade auf den weiblichen Organismus eine schädigende Einwirkung aus, und die Frauenarbeit hat im Ganzen auf das Familienleben und den ganzen Kulturzustand der betreffenden Klassen einen großen Einfluß. Unter diesen Verhältnissen kann aber mit Recht ein Organ für gütlich gehalten werden, welches die besonderen Interessen der weiblichen Arbeiterchaft wahrzunehmen geeignet ist, welches ferner alle die genannten Verhältnisse sorgfältig studirt, und befähigt ist, die Ergebnisse aller dieser Wahrnehmungen und Studien in einer der Bedeutung der Sache entsprechenden Weise zur Darstellung zu bringen. Dazu eigne sich eine Frau von genügender wissenschaftlicher Bildung und Befähigung. Je nach den gemachten Erfahrungen wird man sich's überlegen, ob später auch eine andere Beamtin der erstgenannten Art anzustellen ist.

Im Allgemeinen spricht sich der Bericht gegen eine zu rasche Vermehrung der Beamten aus und empfiehlt, darin ein mäßiges Tempo einzuhalten, schon deshalb, weil die Zahl der zu beaufsichtigenden Betriebe nur um einige Hundert wächst und weil das Großherzogthum in der Zahl der Aufsichtspersonen sowohl mit Beziehung auf seinen Flächengehalt, als auch auf die Zahl der Anlagen und der in ihnen beschäftigten Arbeiter gegen die meisten anderen Bundesstaaten erheblich zurücksteht. Wegen der im Vergleich mit anderen Bundesstaaten mäßigen Zahl von Aufsichtspersonen ist aber darauf hinzuweisen, daß der badische Fabrikinspektion die Erfüllung ihrer Aufgabe von Anfang an dadurch erleichtert worden ist, daß sie sogleich in engen Zusammenhang mit der ganzen Verbänden-Organisation gesetzt wurde. Ganz besonders kommt hier der rege Verkehr mit den Bezirksämtern in Betracht — namentlich für alle Dinge, die sich häufig wiederholen, und die sich hierdurch für den Vollzug ziemlich einfach gestalten, welche aber doch für die Sicherheit der Arbeiter und für die geordnete Beschaffenheit der gewerblichen Anlagen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben. Wo es sich um größere Einrichtungen oder um besonders gelagerte Fälle handelte, war die Durchführung des Erforderlichen durch das sorgfältige Eingehen auf diese Dinge seitens der großherzoglichen Bezirksämter für uns mindestens sehr erleichtert.

Eine blutige Gründung. Ueber die „Kernst elektrische Licht A.-G.“, der wir schon einen Leitartikel gewidmet haben, schreibt die „Electrical Review“, eines der ersten englischen Fachblätter: „Wir hatten geglaubt, daß die Gesellschaft außer den Patentrechten in verschiedenen Kolonien auch die für England selbst besitzen würde. Auch in diesem Falle wäre die dafür gezahlte Summe von 5 400 000 M. enorm hoch. Die Patentrechte für England befinden sich jedoch im Besitz der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, und obige Summe wurde gezahlt für die Rechte in zum Theil unentwickelten Ländern, in denen ein erheblicher Bedarf nach irgend welchen elektrischen Lampen erst dann eintreten kann, wenn die Patente beinahe abgelassen sein werden.“

Die Uebelapitalisation, die in dieser neuen Gesellschaft stattgefunden hat, wird nach unserer Ueberzeugung eine gesunde Entwicklung derselben verhindern und wir würden unseren Lesern empfehlen, sich vom Ankauf dieser Aktien fernzuhalten, bis bessere Beweise eines scheinlichen Erfolges vorhanden sein werden.

Wenn die Gründer, Direktoren und beratenden Ingenieure der Kernst elektrische Licht A.-G. von dem Erfolge so fest überzeugt sind, wie sie in ihrem Prospekt und glauben machen wollen, so werden sie hoffentlich den praktischen Beweis dafür liefern und ihre Aktien fünf Jahre für sich behalten. Sollten sie dann in Stande sein, dieselben zum Nennwerthe abzusetzen, werden wir sehr überrascht sein und ihnen unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen.

Soweit das englische Fachblatt, dessen Urtheil sich mit dem in unserem Leitartikel vom 29. Februar abgegebenen vollkommen deckt und das unsere Leser hoffentlich veranlassen wird, auf den Gründungsschwindel nicht hineinzufallen.

## Ausland.

### Der Militarismus in der Schlange.

In der französischen Deputiertenkammer stand am Mittwoch das Budget des Kriegsministeriums zur Debatte. Aus der in der gestrigen Nummer im Auszug wiedergegebenen Rede des Kriegsministers Freycinet ist ersichtlich, daß bei den Franzosen der innere Widerspruch im Militarismus sich fühlbar zu machen beginnt.

Der französische Militarismus ist bereits auf die ungeheure Summe von 875 Millionen Franz angewachsen. Ob das über reichliche Hilfsmittel verfügende Frankreich seine Leistungen noch höher zu schrauben vermöchte, sei dahingestellt, jedenfalls aber scheint es an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezüglich der Präsenzstärke angelangt zu sein. Bisher wurde im Deutschen Reichstage jede Wehrforderung für den Militarismus mit dem Hinweis auf die gesteigerten Aufwendungen des Auslandes begründet. Ramentlich wurden für jeden Soldaten, den der „Erbfeind“ im Westen neu einstellte, regelmäßig auch von der deutschen Regierung ein paar Soldaten mehr gefordert. Dann folgte wieder das Ausland und gab der deutschen Regierung von neuem den Anlaß, mit Wehrforderungen an den Reichstag heranzutreten. Und so ist das Spiel der europäischen Militärmächte seit 1871 fortgegangen. Immer größere Summen wurden gefordert, immer mehr der kräftigsten Kräfte der gewerblichen Arbeit entzogen und in die Kasernen eingepfercht, um für den Vernichtungskampf vorbereitet zu werden.

Nachdem sich Italien bereits finanziell erschöpft hat und den Rüstungen der übrigen Militärmächte laum noch folgen kann, kann nun auch Frankreich nicht mehr Schritt halten, es fehlt ihm an Menschennaterial. Wie nun die „Schraube ohne Ende“ doch zu Ende sein? Wird man nun auch in Deutschland weitere Forderungen unterlassen, da Frankreich, der gefährlichste Gegner, doch nicht mehr mit kann?

Aber da kommt schon Rettung. Zugleich mit der Nachricht aus Frankreich kommt eine andere aus England. Großbritannien will keine Seemacht verlieren und da Deutschlands Zukunft ja auf dem „Wasser liegt“, so wäre ja wieder die nötige Begründung für weitere Forderungen, für neue Schiffe gegeben.

### Schweiz.

**Vern, 7. März.** (Fig. Ver.) Die Ausweiseret dauert noch immer fort. Nachdem jüngst wieder zwei italienische Anarchisten ausgewiesen wurden, erhielt nun auch der Redakteur des in Lugano erscheinenden „Socialista“, der Genosse Ledeschi den Ausweisungsbefehl. Ob da ein Verlangen der Italienschen oder der teilsinnlichen Regierung vorliegt, darüber verläutet nichts in der Presse, doch liegt diese Annahme sehr nahe. Im Kantone Tessin sind die Liberalen wie die Ultramontanen gleich unangenehm berührt von dem Auskommen der sozialistischen Arbeiterbewegung und bei der in diesen Kreisen üblichen vorurteiligen Beurteilung der Sozialdemokratie ist es wohl denkbar, daß sie von der Ausweisung des Redakteurs und Führers Ledeschi das Verschwinden der unangenehmen Bewegung erwarten. Diese Hoffnung wird natürlich nicht in Erfüllung gehen. Vielleicht ist es möglich, die Stelle mit einem eingeborenen Tessiner zu besetzen, der dann kein „fremder Fißli“ ist und den man daher auch nicht auf die so sehr leidete, aber auch sehr barbarische Art der Ausweisung los werden kann.

**Jürich, 7. März.** (Fig. Ver.) Der am Sonntag hier versammelte gewerliche Vorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes beschloß, den Arbeitertag auf Ostermontag nach Luzern einzuberufen und auf die Tagesordnung folgende Punkte zu setzen: Wahl des Vorstandes und des Arbeitersekretärs, Förderung des Gewerkschaftswesens durch den Schweizer Arbeiterbund (Referent Arbeitersekretär Greulich) und der bekannte katholische Professor Dr. Beck von der Freiburger Universität, Vereinigung der Arbeitervereine (Referent Nationalrat Dr. Decurtins), Arbeitslosenversicherung und Unfallversicherung (Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit). Ferner wurde beschlossen, in kürzester Zwischenräume Konferenzen abzuhalten mit den Vorstandsmitgliedern, Vertretern des eidgenössischen Industrie-Departements in Bern und dem Personal des Arbeitersekretariats. Weiter soll das letzte „Monatsblätter des Schweizerischen Arbeitersekretariats“ im Umfange von 8 Seiten, eventuell von 16 Seiten, herausgegeben mit folgendem Inhalt: Abhandlungen über sozialpolitische Tagesfragen, Mitteilungen über den Stand der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen und Bewegung im In- und Auslande, über interessante Fälle aus der Praxis des Arbeitersekretariats etc. Der Sitzung wohnte als Vertreter des eidgenössischen Industrie-Departements in Bern Dr. Kaufmann bei.

### Italien.

**Italien in China.** Zur Förderung der italienischen Regierung, ihr einen Hafen mit umliegendem Gebiet zu überlassen, ersah die römische „Tribuna“ von guter Seite aus London, der englische Gesandte in Peking, Macdonald, habe der englischen Regierung mitgeteilt, der Chef der chinesischen Regierung habe ihn gebeten, den italienischen Gesandten de Martino das lebhafteste Bedauern auszudrücken, daß de Martino die Weigerung, seine Note entgegen zu nehmen, als Beleidigung aufgefaßt habe. Die chinesische Regierung wäre bereit, sich bei de Martino schriftlich zu entschuldigen. Die „Tribuna“ fügt hinzu, die Entschuldigungen könnten erst dann vorgenommen werden, wenn die chinesische Regierung die Wiedervorgang der italienischen Note verlange und die verbindlichsten Intentionen erkennen lasse. Die „Tribuna“ stellt mit, die amtlichen Kreise seien überzeugt, daß die Angelegenheit noch vor Ablauf eines Monats endgültig geregelt werden wird.

Kußerdem kommt noch aus Peking eine Nachricht, wonach es erscheint, als wolle sich China mit einem Kustland aus der Affäre ziehen, ohne doch die italienische Forderung erfüllen zu müssen. Danach werde von den Chinesen die Frage in Erwägung gezogen, ob es ratsam sei, Saunam zum offenen Hafen zu erklären in der Hoffnung, auf diese Weise zu verhindern, daß es italienische Kohlenstation werde.

Jedenfalls sind die Italiener in China noch nicht so weit, wie dies nach einer Mittwoch Abend verbreiteten Zeitungsnachricht erscheinen konnte. Aus Rom wird gemeldet:

Die Meldungen auswärtiger Blätter von der Landung italienischer Seesoldaten in der Samunbai und von der Besetzung eines Forts sind unbegründet.

**Neue Verhaftungen von Anarchisten** werden aus Rom gemeldet und zwar sollen es die Komplizen Acciarito's sein, der, wie „Italie“ behauptet, dem Gefängnisdirektor gestanden haben soll, daß seiner Zeit ein Komplott gegen den König bestanden habe und daß er durch das Loses zur Ausführung des Attentats bestimmt worden sei. Das Attentat wurde, wie erinnerlich, am 22. April 1897 verübt und Acciarito zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Frage nach Mitschuldigen verneinte er beharrlich; einige unter dem Verdacht der Mitschuldigkeit Verhafteten mußten wieder entlassen werden. Die oppositionelle Presse erhob damals den Vorwurf, daß das Kabinett Rudini eine Verhöhnung nur erfinden wolle, um Grund zu Repressivmaßnahmen gegen die Oppositionsparteien zu haben. Der „Avanti“ ist der Meinung, daß auch die jetzigen Verhaftungen mit politischen Nebenweden in Verbindung stehen. Es sei kein Zufall, daß die Verhaftungen fast zur selben Stunde erfolgten, in der die Kammer die politischen Gesetze an eine Kommission verwies. Mit dem Gesetzen der Verhöhnung sollte diese beunruhigt werden etc. Pelloux wird übrigens schon in den nächsten Tagen genötigt werden, in der Kammer über den Fall Rede zu stehen.

### Frankreich.

**Die Niederlassung am Persischen Meerbusen.** Nachdem im englischen Unterhaus die Erklärungen des französischen Ministers des Auswärtigen zur Kasakfrage desavouiert worden sind, fußt eine

rote der „Ag. Hav.“ die Niederlage durch folgende geschraubte Erklärung zu beschönigen:

Es muß hervorgehoben werden, daß, entgegen den Erklärungen des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen im Laufe der Gemeinen die Handlung des Sultans von Kasak, nämlich die Einräumung eines Plazes an Frankreich für die Anlage eines Kohlenvorraths, weder das Recht, die Plazge zu hassen, noch das Recht, Befestigungen anzulegen, einschließt. Indem der Unterstaatssekretär erklärte, er habe dem britischen Agenten keine Mißbilligung kundgegeben, leugnete er nicht, daß er die Inkorrektheit des Vorgehens anerkannt und sein tiefes Bedauern deswegen ausgesprochen hat.

Ueber diesen Gegensatz der Auffassungen wird wohl zwischen den beiden Regierungen noch manches Wort gewechselt werden. Sachlich liegt die Angelegenheit offenbar so, daß Frankreich und England sich auf Grund des Vertrages von 1882 dahin geeinigt haben, daß Frankreich seine Kohlenstation bekommt, aber auf deren Befestigung und die Ausübung von Hoheitsrechten verzichtet.

### England.

**Marineverfärkung.** Die Vorschläge für die englische Flotte für das Etatsjahr 1899/1900 werden eine Erhöhung von ungefähr 8 Millionen gegen diejenigen für 1898/99 aufweisen. Das Parlament wird daher um die Bewilligung von nahezu 28 Millionen ersucht werden. Man beabsichtigt, die gegenwärtige Effektivstärke um 4—5000 Mann zu erhöhen, der größte Teil der Reuforderung ist jedoch für den Bau von Schiffen bestimmt.

### Spanien.

**Ueber die sozialistische Bewegung in Spanien** wird der „Internat. Corr.“ aus Madrid vom 6. März geschrieben: Die Arbeiterparteien haben sofort nach Einsetzung der konservativen Regierung ihre propagandistische Tätigkeit wieder aufgenommen. Am Sonntag fanden in Bilbao, Barcelona und Valencia Massenversammlungen der Arbeiter statt, in denen die aus Madrid entweichenden Führer der sozialistischen Partei Reden hielten. Die gleichlautenden Beschlüsse erklärten es als Nothwendigkeit, da die Liberalen sich als zu schwach erwiesen hätten, die hereinbrechende konservativ-keristische Reaktion aufzuhalten, daß nunmehr die Arbeiterparteien Spaniens die Führung in der Opposition gegen die konservative Regierung übernehmen.

### Rußland.

**Russifizierung Finlands.** Aus Helsingfors wird berichtet: Auf Befehl des Kaisers ist für das finnische Militär ein neuer Soldateneid eingeführt worden, in dem die Wehrpflichtigen dem Kaiser Treue schwören und der Titel „Großfürst von Finland“ wegfällt. Das Wort „Kaiserland“ ist überall durch die Bezeichnungen „das Reich“ oder „Rußland“ ersetzt worden. In dem Vorschlag zu diesen Änderungen hatte Kriegsminister Kuropatkin bemerkt, daß der Titel Großfürst verschwinden müsse, weil er auf eine Art Union zwischen Rußland und Finland hindeuten könnte. Ebenso würde durch die Worte „die Gesetze des Landes“ und ähnliche die Sonderstellung Finlands unzulässig betont. — Aus Anlaß des Jahresfestes der Verfassung der Verfassung Finlands durch Kaiser Alexander II., der u. A. auch den Landtag wieder regelmäßig einberief, fand am Freitag vor dem von den Finländern errichteten Denkmal Alexander II. ein großartiger Guldigungsakt statt, der einen demonstrativen Antritt hatte. Etwa 10 000 Menschen waren bei dem Denkmal versammelt, wo patriotische Lieder in finnischer und schwedischer Sprache gesungen wurden. Am Denkmal war eine große Menge Kränze und Blumen niedergelegt worden.

**Die Studentenunruhen** dauern fort. Ueber 400 Studenten der Moskauer Universität mußten die Stadt verlassen. Mehr als drei dürfen in der Wohnung nicht zusammen kommen. Die Studenten klagen über rohe Behandlung. Nach Meldung der „Vost. Zig.“ aus Petersburg wurden mehrere Polizeibeamte und auch der Kommandant der berittenen Schutzmacht, auf dessen Befehl die Schulleute mit ihren Weisungen auf die Studenten losließen, dabei auch Professoren und einige höhere Beamte gefaßt, verhaftet. Ferner wird gemeldet, daß der Jar beschloßen habe, in der Organisation der hauptstädtlichen Schutzmacht durchgreifende Änderungen vorzunehmen zu lassen. Die Stellung des Unterrichtsministers Bogoljew soll erschüttert sein.

### Türkei.

**Die Armenier,** oder richtiger das Komitee der revolutionären armenischen Vereinigung verfaßt von Genf aus eine Proclamation, die den Signatormächten des Berliner Vertrages übermittelt worden ist. Es wird darin zunächst auf die Befreiung Kroas hingewiesen, woselbst der nationale Heroismus dem Prinzip der Gerechtigkeit, gegen welches die Mächte vergebens und so lange ankämpften, zum Siege verholfen habe. Trotz aller Anstrengungen, durch die Sprache der Kanonen die Klagen und Seufzer der Armenier zu erlösen, habe sich Europa doch entschließen müssen, ein Regime der Unterdrückung und Barbarei über Bos zu werfen. Wir haben kein Recht, daran zu zweifeln, sagt das Komitee, daß dieses letzte Plaisio einer Politik des Jaudens den Mächten endlich zu denken geben wird, und daß sie das verderbliche Gebahren gegenüber den von der Türkei unterdrückten Völkern und insbesondere gegenüber den Armeniern beendigen werden. Die armenische Krise war die unvermeidliche Konsequenz der anarchischen Zustände, die in der Türkei herrschen. Alle Gebuldsproben, welche die Armenier geben, sind endlich an einer Grenze angelangt. Die unerhörten und endlosen Bedrückungen haben die Armenier in einen Zustand revolutionären Fiebers versetzt. Es werden sodann alle Leiden der Armenier aufgezählt und mitgeteilt, daß mehr als 100 000 Witwen, 50 000 Waisen und die Leiden von 800 000 Märtyrern für das Recht der armenischen Sache plädieren. Meere von Blut hätten bisher nicht die patriotischen Aspirationen der Armenier zu erkränken vermocht; heute bleibe nur noch übrig, daß die Mächte die heilige Sache der Armenier durch rasche und wirksame Maßnahmen realisieren.

### Asien.

**Eine gefährliche Spannung** besteht gegenwärtig zwischen Rußland und England wegen des von China mit England geschlossenen Koedbahn-Vertrages. Rußland hat gegen den Vertrag mehrfach Einspruch erhoben, und aus der Wiederholung des russischen Protestes gegen den Vertrag mit der Hongkong and Shanghai Banking Corporation schließt man, daß Rußland den Vertrag als ganz besonders bedeutungsvoll ansieht.

Dagegen hat der britische Gesandte Mac Donald dem Tzung-li-Hamen erklärt, daß jeder Versuch, dem mit der Hongkong and Shanghai Banking Corporation abgeschlossenen Vertrag die Anerkennung zu verweigern, als ein schwerer Vertrauensbruch angesehen werden würde, welcher Vergeltungsmaßnahmen nach sich ziehen müsse. Zugleich hat der Gesandte den Tzung-li-Hamen auf die frühere Versicherung Soloburov's hingewiesen, daß England China unterstützen werde, wenn irgend eine andere Macht Gewaltmaßnahmen versuchen sollte, um die Aufhebung bereits unterzeichneter und ratifizierter Kontrakte zu erzwingen.

Es könnte hiermit scheinen, als ob der Zusammenstoß Rußlands mit England drohte. Aber von erfahrener diplomatischer Seite wird es für sehr unwahrscheinlich gehalten, daß Rußland im gegenwärtigen Moment wünschen wolle, England die Sten zu bieten; daher bleibe nur der Schluß übrig, daß Rußland wahrscheinlich den Kontrakt nur benutzt, um Klagen gegen die Chinesen zu erheben und eine territoriale oder andere Kompensation zu erlangen.

Die Fesse des russisch-englischen Streites würden demnach die Chinesen zu bezahlen haben.

**Die Rebellion im Innern Chinas** war nach einer Pekingener „Times“-Meldung in vielen Fällen erfolgreich. Die Russisch-Chinesen besiegten am 23. Januar die Reichstruppen bei Kantschau (Kiangsi), nahmen die Stadt ein und megelten die Einwohner nieder. Es verübten allerlei Ausschreitungen. Regelmäßig fanden auch an

anderen Orten statt infolge der Unfähigkeit der Reichstruppen, den Aufstand zu bewältigen.

### Amerika.

**Amnestie in Montevideo.** Die Kammern haben eine Amnestie bewilligt für alle politischen Verbrechen, so daß die wegen solcher Verbrechen in Buenos Aires in der Verbannung lebenden Personen jetzt zurückkehren können.

### Zuvalidenversicherungs-Kommission.

10. Sitzung vom 9. März 1899. Zu § 8 (Freiwillige Versicherung) beantragen Wollenbuth und Gen., die Bestimmung zu streichen, daß bei Erwerbsumfähigkeit von 26 Wochen die freiwillige Versicherung aufhören soll. Hize (B.) beantragt, dem Eingang des § 8 folgende Fassung zu geben: „Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen, sowie Lehrer und Erzieher, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mehr als 2000 M., aber nicht über 3000 M. beträgt u. s. w.“, ferner im Abf. 3 hinter den Worten „gehört hat“ einzuschließen die Worte „für die Zeit dieser Erwerbsumfähigkeit.“

Die Konservativen (Dertel u. Gen.) beantragen als Abf. 3: „Auch sonstige Betriebsunternehmer und Gewerbetreibende, die nicht unter Abf. 1 u. 2 fallen, sind, so lange sie nicht das 40. Jahr vollendet haben und sofern sie noch erwerbsumfähig sind, besugt, freiwillig in die Versicherung einzutreten.“ Von Rösike wird beantragt als Abf. 5: „Bei freiwilliger Versicherung beträgt die Wartezeit für die Zuvalidentrente 400 Wochen (in der Vorlage 200 Wochen). Bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung ist die Wartezeit um so viel Beitragswochen zu kürzen, als er in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.“ Gegen die vom Zentrum und Konservativen beantragte große Ausdehnung der freiwilligen Versicherung wendet sich Staatssekretär Graf Posadowsky; damit würde man jeden, ohne Unterschied des Einkommens, zum Rentner machen und ihm Reichszuschuß geben. Zweck des Gesetzes sei aber, nur denjenigen zu helfen, die nicht mehr das Existenzminimum haben. Ebenso protestiert Direktor Rösike gegen die vorgeschlagene Ausdehnung, da sie zu große Lasten dem Reiche aufbürde zu Gunsten von Leuten, die noch gar nicht so bedürftig sind. Die Abgeordneten Hize und Rösike sprechen sich für die Ausdehnung aus, die ein Bedürfnis sei; Hofmann u. a. n. n. erklärt den Grundgedanken für berechtigt, aber nicht durchführbar. Graf Posadowsky erklärt nochmals, daß durch Annahme der Erweiterungsanträge das ganze Gesetz gefährdet sei. Eine solche Ausdehnung läßt eine Reichs-Versicherungsanstalt heraus und da sei er bedarf, daß solche Versicherung der Privatversicherung überlassen bleibe, die außerordentlich gut wirtschaften und billiger und besser, als es der Staat könne. Wollenbuth: Die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten wären nicht gekommen, wenn bei Schaffung des Gesetzes 1889 der damals von unseren Genossen gestellte Antrag angenommen worden wäre (Versicherungspflicht für Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, einschließlich der in Apotheken Beschäftigten, sowie selbständige Handwerker und sonstige Unternehmer, deren Einkommen oder regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt). Da dieser Versicherungszwang abgelehnt sei, müsse man nun wenigstens die freiwillige Versicherung ausdehnen, für die wir eintreten. Der von unserer Seite gestellte Antrag (Ereidung der 26 Wochen) sei hervorgerufen durch Unklarheit des Gesetzes; da der Regierungsvertreter erklärt, daß nach Beendigung der Erwerbsumfähigkeit die freiwillige Versicherung fortgesetzt werden könne, ziehen wir unseren Antrag zurück. Stadthagen weist nach, daß das einzig richtige die Ausdehnung der Zwangsversicherung sei; der Antrag Dertel sei zwar nicht ausführbar und unpraktisch, wir werden aber dafür stimmen, um zu veranlassen, daß bei der zweiten Lesung unser Antrag auf Ausdehnung der Zwangsversicherung angenommen wird. Der Antrag Hize-Rösike wird mit 14 gegen 18 Stimmen angenommen; Antrag Dertel wird zurückgezogen zu Gunsten eines Antrags Hentner, welcher den Dertel'schen Antrag dahin abändert: „sofern ihr Einkommen nicht über 2000 M. beträgt, sie das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben“; er wird mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen, ebenso Antrag Rösike (400 anstatt 200 Wochen Wartezeit) und der Antrag Hize: schließlich wird der ganze § 8 (freiwillige Versicherung) mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. — Nächste Sitzung: Samstag.

### Parlamentarisches.

**Zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte.** Der § 13 Absatz 3 des Gesetzes bestimmt, daß Mitglieder einer Innung, für welche ein Innungs-Schiedsgericht besteht oder errichtet wird, sowie deren Arbeiter bei den Gewerbegerichts-Wahlen weder wählbar noch wahlberechtigt sind. Diese Bestimmung dürfte zur Folge haben, daß mit dem Insoldentreten der Zwangsinnungen eine größere Zahl der Weisiger der Gewerbegerichte aus dem Amte scheiden müssen, sowohl Arbeitgeber als Arbeiter. Die Vornahme von Ersatzwahlen wird in diesem Falle also notwendig werden.

Um die dadurch hervorgerufenen Unstände für die Zukunft zu beseitigen, hat Genosse Zuzauer in der Gewerbegerichts-Kommission beantragt: dem § 13 als Absatz 4 folgendes hinzuzufügen: „Weisiger, welche erst nach ihrer Wahl Mitglied einer Innung sind, welche erst nach ihrer Wahl Mitglied einer Innung sind, bleiben bis zum Ablauf der Wahlperiode im Amt.“

### Partei-Nachrichten.

**Zur Mißfrage** nimmt ein Mitarbeiter der „Freien Presse“ in Eberfeld das Wort. Er macht einige nebenläufige Ausstellungen an den Darlegungen Kaustky's, nimmt aber im Uebrigen scharf gegen Schippel Stellung. Sein Standpunkt ergibt sich aus folgenden Sätzen:

„Unter diesen Umständen daran zu denken, es werde sich aus dem heutigen Heere von innen heraus ein „wirkliches Volksheer“ entwickeln, dazu gehört ein Köhlerglaube, um den wir Schippel nicht beneiden.“

„Und so kommen wir zu dem Schluß: Die Sozialdemokratie darf dem Militarismus keinerlei Jugeständnisse machen, weder direkte noch indirekte. Sie bekämpft denselben vielmehr bei jeder Gelegenheit und überläßt den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die Verwickelungen, die eventuell wegen ihrer Mißwirtschaft entstehen.“

**Maister.** Die Genossen in Lübeck beschloßen am Montag, den 1. Mai wie bisher durch Arbeitsruhe zu feiern.

**Bei der Bürgerwählerwahl** in Westfalen verlören unsere Genossen ihre bisherigen Mandate. Nur ein Parteigenosse wurde wiedergewählt, jedoch nur infolge des Umstandes, daß er auch vom Bürgerverein auf seine Liste genommen wurde. Die dortigen Parteigenossen betrachten den Betroffenen jetzt nicht als von den Sozialdemokraten gewählt.

**Genosse Agster** scheint sich auf dem Wege zur baldigen Genesung zu befinden. Erfolgreicherweise kann man dies aus den brieflichen Mitteilungen schließen, die er einem ihm befreundeten Zeitungsbekanntem in Hordelheim machte. Der Brief läßt in keiner Weise erkennen, daß der Verfasser nicht unbeschränkt über seine Geisteskräfte verfüge. Agster schreibt sehr vernünftig; er bedauert, daß er dem wohlgemeinten Rathe, sich einer Anstaltsstrafe zu unterwerfen, anfangs so unpraktisch widerstand. Schließlich äußert er die Ueberzeugung, daß er in wenigen Wochen hergestellt ist und sein Mandat als Vertreter des Hordelheimer Kreises im Reichstag wieder ausüben kann. Möge sein Wunsch sich bald erfüllen!

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Groben Unfug** soll ein Genosse in Deuben bei Dresden dadurch verübt haben, daß er ein Klingelstätt aufgetragen hat, welches sich mit dem Buchhaus-Urtheil beschäftigte. Der betreffende Genosse soll vier Tage Haft verbüßen. Hoffentlich ruft er gerichtliche Entscheidung dagegen an. Auf diese Weise könnte es zu einem allgemein unter-

effizienten Prozesse kommen, da der Grobe Unfug in dem Inhalt des Flugblattes, in der Art der Kennzeichnung des Justizhaus-Urtheils gefunden wird.

— **Wegen Verleumdung der Gefängnisbeamten** wurde Genosse Verlau in Halberstadt, Redakteur unseres dortigen Partei-Blattes, am 8. März zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

— **Ein merkwürdiges Verfahren** beliebt man gegen die Sterbefälle „Alt und Jung“ in Pöbke. Der ehemalige Vorsitzende der Kaffe, Genosse W. Kellermann, und der gegenwärtige zweite Vorsitzende, Genosse Hübner, haben Anklage erhalten wegen Verleumdung eines Mitgliedes. Gleichzeitig sind sämtliche Geschäftsbücher der Kaffe beschlagnahmt und nach dem Landratsamt gebracht worden. In der Anklageschrift heißt es, daß die Sozialdemokratie die Sterbefälle „Alt und Jung“ systematisch erobert habe und dieselbe als nie verlegende Geldquelle betrachte.

— **Gegen Genossen Zwienty** in Halle sind schon wieder zwei Verleumdungssklagen anhängig gemacht worden.

— **Wegen Verleumdung Arbeitwilliger** waren in Hildburghausen die 8 Mitglieder des Streikkomitees der Glasmacher zu 5 bezw. 8 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Sie sollten auswärtige Glasmacher, die bei der gesperrten Firma Arbeit nehmen wollten, mit der Veröffentlichung ihrer Namen im „Fachgenossen“ bedroht haben. Dem Anwalt genügt diese Strafe noch nicht. Er legte Berufung ein und die Strafkammer war seiner Meinung. Sie verurtheilte einen der Verbrecher zu 10 Tagen, 5 zu je 14 Tagen und zwei zu je 3 Wochen Gefängnis.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 9. März 1899.  
Nachmittags 5 Uhr.

Der Pflasterauschuss ist gewählt; ihm gehören u. a. die Stadtv. Herzfeldt und Wernau an.

Zur Verathung steht die schon vor mehr als Jahresfrist der Versammlung zugegangene Magistratsvorlage wegen anderweiter Festsetzung der Dienstalters-Gehälter für verschiedene Beamtenkategorien und wegen Bewilligung von Stellenzulagen, in Verbindung mit dem Antrag des Staatsauschusses aus dem vorigen Jahre auf Erhöhung der Gehälter für zwölf Magistratsmitglieder und mit den Vorlagen wegen Festsetzung des Dienstalters bezw. der Dienstaltersgehälter für die Aufseher der Straßenreinigung, für acht Magistratssekretäre, für den Vermessungsinspektor, für die angestellten Landmesser und den technischen Sekretär. Referent ist der Vorsteher-Stellvertreter Wichelet.

Nach der ziemlich gründlichen Erledigung, welche die Hilfsarbeiterfrage im Laufe des letzten Jahres gefunden hat, hat der für diese Vorlagen eingesehene Ausschuss nach seiner am 10. Januar er. vollzogenen Revisionsprüfung in sechs Sitzungen seine Arbeit beendet und sich im Wesentlichen durchweg den Magistratsvorstellungen angeschlossen. Der Referent hebt hervor, daß der Abschluß der Hilfsarbeiterfrage wesentlich das Verdienst des Bürgermeisters Kirchner sei, dem es hoffentlich bald vergönnt sein möge, die schon so lange verwaiste Oberbürgermeisterstelle einzunehmen. (Beifall.) Die Besoldungsveränderungen ic. sollen zum 1. April 1899 in Kraft treten.

Zu Abschnitt A: Bureaubeamte (Bureau-Direktoren, Mandanten, Ober-Stadtssekretäre, Magistratssekretäre, Titularsekretäre, Bureau-Assistenten) hat der Ausschuss gegenüber der Vorlage Anhangs- und Endgehalt der Assistenten von 1700 bezw. 3900 auf 1900 bezw. 3500 M. erhöht und die Altersskala derart geändert, daß das Aufsteigen auf 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000, 3200, 3500 M. nach 2, 4, 6, 9, 12, 15, 18, 21 Jahren erfolgen soll. Bezüglich der Magistratssekretäre wird der Antrag beantragt, daß die Anstellung nicht vor dem zurückgelegten 24. Lebensjahre vollzogen werden können. In einer Resolution soll endlich der Magistrat ersucht werden, eine Reorganisation des städtischen Bureauwesens im dem Sinne einzuführen, daß die unteren Stufen der Sekretärstellen in Assistentenstellen verwandelt werden und jeder Sekretär während einiger Jahre Assistent gewesen sein muß.

Nach einem Antrage der Fraktion der Linken sollen die Gehälter der Assistenten in Stufen von je 200 M. aufsteigen.

Stadtv. Wallach begründet diesen Antrag. Es handle sich darum, die Beamten, die in höherem Lebensalter in den städtischen Dienst treten, für die ersten Jahre ihrer Amtstätigkeit günstiger zu stellen. Das werde aber durch den Anhangsantrag nur unvollkommen erreicht.

Auch Stadtv. Karl Goldschmidt I spricht sich für den Antrag Wallach aus, worauf derselbe angenommen wird. Im Uebrigen beschließt die Versammlung nach den Anhangsanträgen.

Die Vorlage im Abschnitt B: Unterbeamte, wird unverändert angenommen. Unter C: Beamte in technischen und Spezialfächern sind die Magistrats-Affessoren aufgeführt; sie sollen von 4600 auf 7500 M. in 18 Jahren steigen. Die letzte Stufe beantragt der Ausschuss in Fortfall zu bringen und das Höchstgehalt auf 7100 M. zu bemessen. Ein Antrag Wallach-Gerstenberg will die letzte Stufe wieder herstellen; auch soll der Magistrat ersucht werden, diesen Beamten nach lebenslänglicher Anstellung den Titel „Magistratsrath“ zu verleihen. Der Ausschuss hat ferner beschlossen, dem ersten Vorstandsmittgliede der Invaliditäts- und Altersversicherung - Anstalt und dem ersten Vorsitzenden des Gewerbegerichts je 1000 M. nicht pensionberechtigte Funktionszulage zum Magistrats-Affessorengehalt zu gewähren. Dagegen will ein Antrag Friedemann diese beiden Stellen zu Direktorenstellen erheben und für die erstere 6500—9000, für die andere 6000—8000 M. Gehalt auswerfen.

Den Antrag Wallach empfiehlt Stadtv. Hugo Sachs; man müsse den Magistrats-Affessoren, wenn sie in dieser Stellung lebenslänglich verbleiben, auch ihre äußere Lage thunlichst sichern. Demselben Zwecke solle indirekt der Titel „Magistratsrath“ dienen, wenn dieser Titel freilich auch nicht sehr schön sei. Man möge diesen harmlosen Antrag annehmen.

Stadtv. Friedemann tritt aus analogen Gründen auch für seine Anträge bezüglich der beiden oben erwähnten Stellen ein. Der Titel „Magistratsrath“ sei ja nicht sehr geschmackvoll, aber es handle sich darum, den Betreffenden endlich einmal von dem Titel „Affessor“, dem der Weichschmied des Unfertigen anhafte, wegzuhelfen. Eine Autorität wie Herr Dr. Freund müsse sich die Stadt auf dem Wege seines Antrages sichern; das Gleiche gelte von Herrn v. Schulz.

Bürgermeister Kirchner: Den Antrag auf Wiederherstellung der letzten Stufe empfehle ich zur Annahme, da er ja der Antrag des Magistrats ist. Der Sinn für Titel, es mag ein Defekt sein, geht mir in höherem Maße ab (Heiterkeit); ich glaube aber, wenn der Antrag wegen des Titels „Magistratsrath“ angenommen wird, so wird das kein casus belli sein. Dagegen habe ich dem Antrage Friedemann entgegenzutreten. Den günstigen Urtheil über die beiden Herren stimmen wir in vollem Maße zu, aber prinzipiell ist es wichtig, die Gelegenheit einer Gehaltsaufbesserung zur Lösung von schwierigen Organisationsfragen zu bemessen. (Sehr wahr!) Die Organisation der Versicherungsanstalt kann nicht so kurzerhand geändert werden, besonders nicht in einem Augenblicke, wo das Gesetz durch eine Novelle abgeändert werden soll! Obwohl dem Gedanken selbst nicht abgeneigt, vielmehr bereit, in einem späteren Stadium auf diese Anregung zurückzukommen, muß ich dringend bitten, für jetzt beide Anträge abzulehnen. Die Herren können vorläufig mit den Funktionszulagen, die Sie in Aussicht nehmen, zufrieden sein. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts erhält ohnehin durch die neue Stala schon eine Zulage von 600 M. vom 1. April an.

Stadtv. Friedrich Goldschmidt empfiehlt als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt (Unruhe) den Antrag Friedemann. Die Anstalt von Berlin habe sich in ungeahntem Maße entwickelt, das Vermögen betrage schon 41 Millionen und sei das drittgrößte aller deutschen Anstalten. Mit den Anfängen könne man die heutige Entwicklung nicht mehr vergleichen. Den Vorsitzenden einer

solchen Anstalt müsse man auch im Gehalte seinem Ansehen entsprechend dotiren; die Vorsitzenden der anderen deutschen Anstalten seien theilweise mit viel höheren Gehältern ausgestattet.

Stadtv. Singer: Der Wiederherstellung der letzten Stufe der Stala stimmen auch wir zu. Es liegt nicht im Interesse der Stadt Berlin, das Institut der Affessoren als Durchgangsstation für die Herren anzusehen. Bei der Entwicklung der städtischen Verhältnisse, bei der wachsenden Last der städtischen Arbeiten brauchen wir dieses Institut, und für gewisse Zweige der Verwaltung bildet es geradezu das Rückgrat. Darauf zu rechnen, daß die Herren, welche Tüchtiges leisten, von anderen Kommunen zu Bürgermeistern und Stadträthen gewählt werden und sie deshalb geringer zu dotiren, halte ich für grundlos. Wir müssen die Inhaber dieser Aemter doch so stellen, daß das Gehalt für sie kein Grund ist, die Stelle aufzugeben. Der Titel-Antrag ist allerdings harmlos, er wird also zweckmäßig nicht pathetisch bekämpft, sondern humoristisch aufgefaßt. Bei den nahen Beziehungen, die wir jetzt zu China haben, begreift sich ein solcher Antrag, aber für diese Art von Auszeichnungen von Personen mit Titeln, ähnlich wie mit neuen Knöpfen oder doppelter Lige, kann ich mich nicht besonders erwärmen. Vielleicht hätte Herr Sachs noch vorzuschlagen sollen, sie mit Uniform und Degen auszustatten und bei festlichen Gelegenheiten zu Pferde erscheinen zu lassen. (Heiterkeit und Unruhe.) Der Antrag sollte abgelehnt werden. Besser wäre es, der Antrag wäre nicht gestellt worden, denn an sich liegt darin doch eine gewisse Geringschätzung, wenn man glaubt, es bedürfe der Verleihung eines Titels, um den Herren die Freude an ihrer Arbeit zu erhöhen. Der Titel ist mir auch an sich nicht besonders sympathisch. Wie soll der Bevölkerung später der Unterschied zwischen „Magistratsrath“ und „Stadtrath“ largemacht werden? Vielleicht liefert dieser Antrag bloß den Wipplättern Stoff. Es erinnert an längst vergangene Zeiten, wenn man heutzutage einen solchen Antrag ernsthaft erwägt, die Zeit der Allogen-perren ist doch vorüber. Es könnten auch unangenehme Konsequenzen daraus erwachsen, eine Menge anderer Beamten könnte mit ähnlichen Verlangen an uns herantreten, und wir müßten schließlich eine ständige Kommission zur Erfindung der erforderlichen Titel niederlegen. In der Werthschätzung der beiden Herren, welche der Antrag Friedemann im Auge hat, gehen wir mit den Antragstellern durchaus Hand in Hand. Nach untern Informationen aus den Arbeiterkreisen werden diese beiden Herren dort durchaus nach Gebühr für ihre hervorragende Thätigkeit und ihr soziales Verständnis gewürdigt. Diese Anerkennung haben wir im Ausschuss durch die Bewilligung einer Funktionszulage zum Ausdruck bringen wollen. Es ist aber ein außerordentlich unglücklicher Zeitpunkt, jetzt in diesen beiden Punkten Organisation und Gehaltsfrage durcheinander zu werfen. Wenn Herr Goldschmidt die Verwaltung eines großen Vermögens als Hauptverdienst des Affessors Freund vorführt, so ist das doch kein Moment für Erhöhung der Stellung oder für eine Gehaltszulage. Die Schaffung der Heilanstalt für Lungenkranke ist, so verdienstlich sie ist, ebenfalls nicht geeignet, bei Gelegenheit einer Gehaltserhöhung diskutiert zu werden. Das Statut setzt außerdem zwei Herren gemeinsam als Vorstandsbeamte ein; dieses Verhältnis würde gewaltig aufgelöst. Und verdient denn der andere Herr, daß er dergestalt zurückgesetzt wird? Wir haben es hier sehr leicht, die Stellen höher zu dotiren, der Stadt kostet das nichts, denn die Anstalt bezahlt die Gehälter; wir wollen uns doch nicht sagen lassen, wir gingen leichtfertig mit dem Gelde Anderer um. Dasselbe gilt auch für den ersten Vorsitzenden des Gewerbegerichts. Die Funktionszulage für ihn will ich nicht einschränken, obwohl wir im Ausschuss schon gehört haben, daß den Herren jetzt und im nächsten Jahre an Gehalt Erhebliches zuwächst. Er soll eben als Vorsitzender des Gewerbegerichts die Funktionszulage von 1000 M. erhalten.

Stadtv. Schwalbe spricht sich für die Annahme der unveränderten Anhangsvorschläge aus.

Stadtv. Spinola will dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts nur 500 M. Funktionszulage bewilligen (Widerspruch) und erklärt sich gegen den Titelantrag.

Stadtv. Hugo Sachs wirt dem Stadtv. Singer vor, daß er sich in Uebertreibungen und einer ersten Sache gegenüber unangebrachten humoristischen Wendungen gefallen habe.

Bei der Abstimmung wird die oberste Stufe von 7500 M. wiederhergestellt, der Antrag wegen des Titels „Magistratsrath“ mit erheblicher Mehrheit abgelehnt und die Funktionszulage nach dem Anhangsantrag genehmigt. Die Anträge Friedemann werden „für jetzt“ zurückgezogen.

Die Abschnitte D. Hausverwaltungs-Beamte, E. Stellenzulagen, F. Neueinführung des Dienstalterssystems für den Verwalter des Fernsprech-Amtes und die Oberaufseher der Straßenreinigung, werden nach den Ausschussbeschlüssen angenommen.

Zu den Festsetzungen bezüglich der Werksbeamten soll der Magistrat ersucht werden, den bei den städtischen Werken auf Grund des Pensionsreglements Angestellten die Eigenschaft als Gemeindebeamte beizulegen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss folgende Resolution: Die Versammlung ersucht den Magistrat 1. um eine Nachweisung über die Löhne und Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, 2. um eine Vorlage betreffend die Errichtung einer Pensionskasse für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf Grundlage von Beiträgen der Verwaltung und der Arbeiter. Beide Resolutionen werden ohne Debatte genehmigt.

Der Antrag des Staatsauschusses auf Erhöhung der Gehälter der Stadträthe von 7000 bis 11000 auf 8000 bis 12000 M. gelangt ebenfalls ohne Debatte zur Annahme. Die übrigen Magistratsvorlagen passiren unverändert. Dem Antrag des Ausschusses, den Magistrat zu erüden, Erhöhungen des Gehaltes der Standesbeamten auf je 5000, der Standesbeamten-Stellvertreter auf je 4300 M. einzutreten zu lassen, tritt die Versammlung ebenfalls bei. Damit sind die Gehaltsfragen erledigt. Eine Reihe von Petitionen der Magistrats-Hilfsdiener, Planlammer-Assistenten, Probenehmer der städtischen Fleischschau um Gehalts- bezw. Diätenaufbesserung und des Ortsvereins der Gemeindebeamten um Vorauszahlung der Gehälter geht an den Magistrat zur Verächtigung. Auch die Petition der Gesanglehrer an den städtischen höheren Schulen um Aufbesserung ihrer Gehälter wird auf Antrag des Stadtverordneten Preuß dem Magistrat zur Verächtigung überwiesen mit der Nothgabe, gleichzeitig auch die Verhältnisse der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen an den genannten Anstalten einer Prüfung zu unterziehen.

Weitere 7 Petitionen gehen an den Magistrat zur Verfügung. Alle übrigen Petitionen sind durch die gefassten Beschlüsse erledigt.

Darauf wird die Verathung des Stadthaushalts-Etats für 1899 fortgesetzt.

Zum Etat der Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Real Schulen hat der Etat-Ausschuss resolved, daß die Pflichtstunden der Zeichenlehrer an den höheren Lehranstalten zu erhöhen und die Stunden in gleichmäßiger Anzahl zu vertheilen sind. Ferner soll der Magistrat ersucht werden, die Löhne der Heizer an sämtlichen städtischen Anstalten in entsprechender Weise zu erhöhen.

An den Etat für die Realschulen und die höheren Mädchenschulen ist nichts beanstandet worden. Zum Spezial-Etat der Turnhallen, Spielplätze ic. liegt die Resolution des Ausschusses vor, die Pflichtstunden der Turnwarte und Facturnlehrer zu erhöhen und danach das Gehalt für dieselben zu reguliren. Zum Spezial-Etat Verschiedene Einrichtungen für die höheren Schulen schlägt der Ausschuss wiederholt folgende Resolutionen vor:

1. den Betrag für städtische Universitäts-Stipendien von 3600 auf 10000 M. zu erhöhen,
2. den Magistrat nochmals zu erüden, zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, ähnlich wie beim neuaptrahischen Unterricht, 4000 M. in den nächsten Etat einzustellen.

Ohne Debatte tritt die Versammlung sämtlichen Anträgen des Staatsauschusses bei.

Zum Etat der Gemeindefchulen, der im Uebrigen unverändert zur Feststellung empfohlen wird, hat der Ausschuss die Magistratsvorlage:

„Denjenigen Lehrern, welche das 60. Lebensjahr vollende haben, kann die Zahl ihrer Pflichtstunden auf 24 ermäßigt werden“ abgelehnt.

Die Etats der Taubstummen-Schule und der Blindenanstalt haben unbeanstandet den Ausschuss passiert.

Zu dem Magistratsantrage wegen der älteren Lehrer entspinnt sich eine längere Debatte, an der sich die Stadtv. Preuß, Wallach und Vorsteher Langerhans betheiligen. Der Letztere tritt unter Bezugnahme auf die Bestimmung, daß die Lehrer bis zu 65 Jahren zu 28 Stunden wöchentlichem Unterricht verpflichtet sind, dem Antrage entschieden entgegen.

Stadtschulrath Vertram verwendet sich dafür, daß dem Magistrat diese Vollmacht ertheilt werde; der Wunsch, die Betreffenden, soweit sie sonst noch rüftig seien, etwas zu entlasten, sei doch psychologisch verständlich.

Stadtv. Singer hält nicht für ausgeschlossen, daß bei einem solchen System einseitige Bevorzugungen stattfinden, auch sei es schwierig, einen Weg zu finden, der der Versammlung das Recht wahr, mitzuspochen. Wollte man auf die Absicht des Magistrats eingehen, so müßte jedenfalls ausgeschlossen sein, daß der betreffende Lehrer im Nebenamt an Fortbildungsschulen u. s. w. noch aus öffentlichen Mitteln honorirten Unterricht ertheilt.

Ein Antrag Wallach wird in diesem Sinne zu dem Magistratsantrag eingebracht.

An der Erörterung betheiligen sich noch die Stadtv. Hauer, Wallach, Langerhans, der es das Verlangen einer solchen Vollmacht unerhört findet und dem es vorkommt, als ob der Antrag in einer langweiligen Sitzung der Schuldeputation erlassen wäre. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag des Magistrats wird abgelehnt, die erwähnten Etats werden genehmigt.

Gegen 9 Uhr schließt die öffentliche Sitzung.

## Englische Flottenpläne.

London, 9. März. Unterhaus. Der Erste Lord der Admiralität führte bei Einbringung des Flottenvoranschlags aus, dieses Budget sei noch nie zuvor unter so eigenartigen Umständen vorgelegt worden. Vor uns haben wir die geplante Konferenz für eine allgemeine Abrüstung, hinter uns die unruhigen Monate Oktober und November. England sei damals bereit gewesen, es habe keine fieberhaften Anläufe, keine plötzlichen Namensänderungen vorzunehmen brauchen.

Der Minister schilderte sodann den gegenwärtigen Stand der Ausführung des ursprünglichen und des Nachtrags-Programmes des Vorjahres. Dabei bemerkte er, die in dem Hauptprogramm vorgesehenen 4 gepanzerten Kreuzer werden die stärksten Schiffe aller Flotten der Welt sein; sie werden eine Geschwindigkeit von 23 Knoten haben und so gebaut sein, daß sie den Suez-Kanal passieren können.

Was Weithatweil betreffe, so sei beabsichtigt, diesen Punkt zu einer sekundären Flottenbasis zu machen, ihn hinreichend zu besetzen, eine Kohleniederlage und eine kleine Reparaturwerft dort zu errichten und durch Baggerung einen guten Ankerplatz zu schaffen. Dieser Ankerplatz sei sehr werthvoll und werde bei allen Operationen in den chinesischen Gewässern von großer Wichtigkeit sein.

Die kontinentalen Mächte waren einigermassen beunruhigt durch die Behauptung, daß wir in so großem Maße rüsteten. Ich bin erfreut, diese Erklärung hier abgeben zu können und den Eindruck zu beseitigen als ob wir unmöglich oder zu einem besonderen Zweck oder zu irgend einer Angriffs-Aktion rüsteten. In den auswärtigen Aemtern Europas bestand die tiefeingewurzelte Idee, England hätte einen Angriffsplan, und glaubte, die günstige Gelegenheit sei gekommen und sei übermäßig in Vertrauen auf seine maritimen Streitkräfte bereit, diese Gelegenheit zu ergreifen. Ein solcher Gedanke konnte niemals der Regierung in den Sinn kommen. Im Auslande sei man ungläubig, aber man sollte wissen, daß ein in diesem Geiste unternommener Krieg gegen die ganze Tradition und das sittliche Gefühl des Landes gewesen wäre. (Beifall.) Die anderen Länder können versichert sein, daß wir, während wir das Land hinter uns haben, unsere Rechte aufrechterhalten werden in einer gerechten Sache, welche unsere Ehre und unsere Interessen berührt, aber ich glaube nicht, daß wir das Land hinter uns haben würden bei einem der günstigen Gelegenheiten halber unternommenen Kriege. (Beifall.)

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mit polizeilicher Auflösung endete die gestern Abend bei Hofmann in der Kreuzbergstraße stattgehabte Wählerversammlung des 2. Kreises. Der überwachende Polizeileutnant wollte nicht dulden, daß seine Amtsführung „kritisiert“ werde. Schon während der Ausführungen des Kandidaten Fischer, der nach dem Referate des Genossen Klees das Wort nahm, verlangte er, daß die Zwischenrufe unterbleiben oder die Auser sich nennen sollten. Als er auf Widerspruch des Vorsitzenden Etwald und Genossen Fischer sich weiter äußern wollte, erklärte ihm der Vorsitzende, daß er kein Recht zur Diskussion habe, womit er sich beruhigte. Als nun im Schlussworte der Vorsitzende Etwald ausführte, wir hätten ja jetzt schon einen Vorgeschmack des kommenden Wahlkampfes; wir würden aber trotzdem in unseren Versammlungen nicht das reden, was den überwachenden Beamten angenehm sei, sondern — Da erhob sich der Beamte und erklärte: „Ich lasse mich nicht von dem Vorsitzenden angreifen und meine Amtsführung kritisiren — ich löse die Versammlung auf!“ — Unter allgemeinem Applaus ging die Versammlung auseinander. Der Polizeileutnant verlangte denn auch noch, daß die im Vorfall — der abgeschlossen und zum Theil mit Stammgästen gefüllt war — Anwesenden sich ebenfalls entfernen. Sonst passirte kein Malheur, als das ein Genosse „festgestellt“ wurde.

Breslau. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Die Stadtverordneten-Versammlung beriet heute über Annahme des Baronischen Vermögens in Höhe von 470 000 M. zur Begründung eines vegetarischen Kinderheims, welches anzunehmen die Berliner Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt hatte. Mit allen gegen drei Stimmen wurde die Annahme des Vermögens beschlossen.

Bern, 9. März. (B. Z. B.) Sämtliche Arbeiter am Simphonietunnel streiken wegen Lohnunterschieden; die Arbeiten sind vollständig eingestellt. Bis jetzt wurden nur zwei Verhaftungen vorgenommen. Es wurden umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, doch verhalten sich die Streikenden ruhig. Die Unternehmer erwarten für Freitag Morgen die Wiederaufnahme der Arbeiten.

Paris, 9. März. (B. Z. B.) Die Untersuchung über die Pulverexplosion in Toulon ist resultatlos verlaufen. Die Vernehmung der Soldaten habe im zweiten Verhör die Aussage in Bezug auf die verdächtigen Personen bedeutend abgeschwächt. Es ist unrichtig, daß irgend welche Verhaftungen vorgenommen worden sind.

Paris, 9. März. (B. Z. B.) Die Criminalkammer beschäftigte sich heute Nachmittags mit dem Gesuch Oberbozz's, dem mit der Untersuchung gegen ihn betrauten Untersuchungsrichter Vertulus das Verfahren zu entziehen. Das Urtheil hierüber ist heute noch nicht gefällt worden.

New-York, 9. März. (B. Z. B.) Ein Dugstirdampfer, welcher einen Bagger von Norfolk nach Philadelphia schleppete, ist im Sturm untergegangen. Die an Bord des Dampfers befindlichen 11 Personen sind sämtlich ertrunken, während die Besatzung des Baggeres durch ein Boot des deutschen Dampfers „Albano“ gerettet wurde. Hierbei ist der zweite Steuermann des „Albano“ umgekommen.

Reichstag.

52. Sitzung, Donnerstag, 9. März 1899, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Niederding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs (die sogenannte lex Heinze), betr. Verschärfung der gegen Kuppelei, Unzucht u. s. w. gerichteten Paragrafen, in Verbindung mit dem das Gleiche bezweckenden Entwurf von Art. 131. u. 132. und dem Antrag des Abg. Frhn. v. Stumm (Rp.), der Verschärfung der Strafen für Sittlichkeitsverbrechen, insbesondere gegen Kinder, verlangt.

Staatssekretär Niederding:

Die heutige Vorlage befaßt sich mit einzelnen strafrechtlichen Bestimmungen, die, wie die Vergangenheit zeigt, in juristischer und sozialpolitischer Beziehung mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft sind. Sie gruppieren sich um die wichtige Aufgabe, die jüngeren Schichten unserer Bevölkerung mehr als bisher vor den Gefahren sittlicher Verwilderung zu schützen. Seit drei Legislaturperioden ist die Regierung stets wieder mit neuen Vorschlägen auf diesem Gebiete gekommen, ohne daß sich bisher eine Einigung hätte erzielen lassen. Das Resultat der vorjährigen Verhandlungen ist indes insofern erfreulich, als sich in mehreren Punkten eine Annäherung der verschiedenen Ansichten herausstellte, andererseits aber beklagenswerth, da sich doch schließlich eine Aussicht auf eine Gesamt-Verständigung nicht eröffnete. Die verbündeten Regierungen sind indes der Ansicht, daß es auf die Dauer nicht möglich ist, dies ganze Gebiet der Gesetzgebung zur Unfruchtbarkeit zu verurtheilen. Die Zustände auf diesem Gebiet rechtfertigen in ihrer Entwicklung diese Unthätigkeit der Gesetzgebung durchaus nicht, da wir thatsächlich in einer Periode des sittlichen Niederganges begriffen sind. Das Ergebnis unserer Statistik in den Jahren 1882 bis 1897 beweisen dies auf das Deutlichste. Auf dem Gebiet der Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit entfielen auf je eine Million unserer strafmündigen Bevölkerung im Jahre 1882: 200 Fälle, im Jahre 1897: 290 Fälle. Von den Verbrechen und Vergehen gegen §§ 176-78 des Strafgesetzbuchs betr. Vergewaltigung von Personen entfielen auf eine Million der Bevölkerung im Jahre 1882: 90 Fälle, 1897: 95 Fälle, 1896: 120 Fälle. Zu bemerken ist dabei, daß Dreiviertel aller dieser Fälle Vergehen gegen Kinder betreffen. (Hört! hört!) Auf dem Gebiete der Kuppelei endlich, das ja gerade neu geregelt werden soll, entfielen auf je eine Million Einwohner 1882: 43 Fälle, 1886: 49 Fälle; 1894: 74 Fälle und 1897: 77 Fälle. Bemerkenswerth ist ferner der Prozentsatz, mit dem jugendliche Personen unter 18 Jahren an diesen Verbrechen und Vergehen theilhaftig sind. Die Zahl der jugendlichen Delinquenten auf dem Gebiet der Vergewaltigung von Personen, insbesondere von Kindern, betrug 19 pCt. aller Fälle. Die verbündeten Regierungen legen deshalb dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vor, der sich nicht in allen aber in vielen Punkten dem anschließt, was die Kommission in der vorigen Session auf diesem Gebiete beschlossen hat. Sollte der Reichstag auch diesmal zu keiner Einigung gelangen können, so müßte die Regierung auf weitere Versuche verzichten und sich mit dem Bewußtsein begnügen, das Ihrige gethan zu haben, um eine Besserung auf diesem Gebiete zu erzielen. Der vorliegende Antrag enthält für die Regierungen unannehmbar, da in ihm eine Ueberschätzung der Wirkung der Gesetzgebung auf das sittliche Leben zu Grunde liegt und er andererseits eine Schädigung berechtigter künstlerischer und literarischer Interessen bedeutet. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß der Reichstag in der Prüfung ihrer Vorlage mit der weisen Mäßigung vorgehen wird, die er so oft bewiesen hat, und so endlich zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage gelangen wird.

Abg. Roeren (Z):

gibt eine Uebersicht über die Vorgeschiedenen des Gesetzentwurfs. Es ist bedauerlich, daß das ständige Bewußtsein der Öffentlichkeit nur bei empfindlichen Vorankommen nach Abwehrmaßnahmen verlangt. Nur meine Partei hat es sich zum Prinzip gemacht, die Sache auch in ruhigeren Zeiten nicht einschlafen zu lassen. Auch zu Beginn dieser Session haben wir daher unseren Antrag wieder eingereicht, der wegen des Schlußes der Legislaturperiode in der vorigen Session nicht mehr verabschiedet werden konnte. Unser Entwurf hat sich in allen Punkten den bereits in der Kommission gefaßten Beschlüssen angeschlossen. Nur auf den sogenannten Theater-Paragrafen haben wir nicht verzichten können. Ist es nicht empörend, daß der Chimay- und Barillon-Standal sich jahrelang auf unseren Bühnen breit machen konnten? Der Regierungsentwurf begehrt da eine Inkongruenz: er verbietet derartige Darstellungen in Bild und Schrift, gestattet dagegen die leibhaftige körperliche Darstellung. Wir erachten letztere aber gerade als das Aller schlimmste.

Die Bestimmungen über Kuppelei zc. brauchen eine notwendige Ergänzung, welche unsere heranwachsende Jugend vor Unsitlichkeit schützt. Der Antrag des Frhens v. Stumm scheint uns da nicht ausreichend mit seiner bloßen Verschärfung des Strafmaßes. Das Strafgesetzbuch enthält da die Lücke, daß es nicht die Schaustellung aller Audiaten verbietet. Wir, wenn wir so etwas erblicken, haben nur die Empfindung des Werges (Heiterkeit), aber die Jugend sieht das mit anderen Augen an, sie wird zur Leidenschaftlichkeit, zur Sünde entflammt. (Heiterkeit.)

Man hat uns vorgeworfen, daß wir die Moralität durch Polizeivorschriften in die Jugend hineinziehen wollen. Wir sind aber der Meinung, daß in einem geordneten Staatswesen, in dem wir uns nun einmal befinden (Große Heiterkeit), das, was Schule, Familie und Kirche in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, nicht durch einen Gang über die Straße wieder zerstört werden soll. (Lur: Was das aber fest stehen! Heiterkeit.)

Kunst und Wissenschaft soll durch Gesetz natürlich nicht getroffen werden, nur das Gemeine und Schamlose. Der betreffende Paragraf legt ja nur voraus, daß die Verletzung von Scham- und Sittlichkeitsgefühl in grober Weise verfahren; ferner, daß die Ausstellung und der Vertrieb aus Erwerbszwecken geschieht, nicht aus jop. Kunstsinne. (Heiterkeit.) In den Museen können also solche Werke ruhig stehen bleiben. (Heiterkeit.)

Man hat eingewendet: daß das Schamgefühl etwas sehr Verschiedenes bei dem Einzelnen ist. Aber auf das Schamgefühl des Einzelnen kommt es gar nicht an, sondern auf das Schamgefühl eines normalen Menschen, wie das Reichsgericht sich sehr treffend ausdrückt.

Zum Schluß will ich noch auf unseren Paragrafen hinweisen, der Arbeitgeber bestraft, die unter Mißbrauch der Arbeitsverhältnisse ihre Arbeiterinnen zur Verübung unzüchtiger Handlungen verleiten. Man hat gegen ihn eingewendet, daß er zu grundlosen Demunziationen Anlaß geben könnte. Aber dazu können alle Bestimmungen des Strafgesetzbuchs Anlaß geben. Und gerade dieser Paragraf kann in seiner jetzigen Fassung nur sehr selten diese Wirkung haben, weil er den Fall sehr spezialisiert.

Ich hoffe, daß unser Antrag auch diesmal in der Kommission in ruhiger und sachlicher Weise verhandelt wird. Ich beantrage, alle 3 Anträge einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frh. v. Stumm (Rp.):

Ich bin den Ausführungen des Herrn Vorredners in sympathischer Weise gefolgt. Nur glaube ich, daß er im Einzelnen die Sache zu leicht genommen hat. Der Arbeitgeber-Paragraf kann allerdings in seiner jetzigen Fassung zu Mißdeutungen vielfach Anlaß geben. Auch die Bestimmungen, die Kunstwerke treffen können, sind sehr bedenklich. Die Unterscheidung zwischen Kunst und Unsitlichkeit ist nicht so leicht. So sympathisch auch alle Bestrebungen gegen

die Unsitlichkeit sind, so darf man nicht vergessen, daß auch da das Bessere der Feind des Guten ist. Wo es sich um den positiven Schutz des kostbarsten Gutes des Weibes und um den Schutz der Sittlichkeit unserer Jugend handelt, da ist freilich unser Strafgesetzbuch und unsere Rechtsprechung viel zu lax. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Wenn Sittlichkeitsverbrechen handelt es sich um ein Verbrechen gegen die bürgerliche Gesellschaft im Allgemeinen, nicht nur gegen den Einzelnen. Wenn man bereits vor Jahren gegen die Sittlichkeitsverbrechen eingeschritten wäre, wie ich dies damals beantragt hatte, so wäre die Vermehrung derselben, die der Herr Staatssekretär in seiner Statistik uns gezeigt hat, nicht eingetreten. Die zu gelinde Bestrafung derselben hat zweifellos einen großen Antheil an dieser Vermehrung gehabt; Medner verliest eine längere Liste von Bestrafungen, die das demonstrieren sollte. Die Strafen müssen viel härter werden, in einzelnen Fällen, z. B. bei Lustmord, muß die Todesstrafe vorgelesen werden. Für Nothzucht gegen Kinder muß lebenslängliche Zuchthausstrafe eingeführt werden. Ich betrachte es für einen prinzipiellen Fehler, daß Unthätigkeit als Milderungsgrund gilt: die Verbrecher pflegen meistens vorher zu trinken, um sich Mut zu machen. Auch der Strafvolzug muß ein anderer werden. Das Zuchthaus scheidet rohe Naturen überhaupt nicht. Leute, die verurtheilt sind, sind gar keine Menschen mehr, das sind Thiere. Gegen solche muß die Prügelstrafe, deren Freund ich sonst nicht bin, angewandt werden. Ich hoffe, die Kommission wird das ihrige dazu thun, um diese Bestien aus der Welt zu schaffen. Sie erwidert sich dadurch ein Verdienst vor Gott und den Menschen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gumbert (L):

Wir geben dem Regierungsentwurf den Vorzug. Der Antrag des Centrums ist für uns unannehmbar. Wir werden dem Regierungsentwurf im Großen und Ganzen zustimmen. Wir sind gegen die milderen Umstände, wenn der Ehemann seine Frau verknüpft. Den Zuhälter wollen wir mit Zuchthausstrafe belegt wissen. Die Bestimmungen über die Verbreitung unzüchtiger Schriften sind uns nicht ganz sympathisch, aber die Regierungsvorlage trifft da noch relativ das Beste. Zur Erhöhung der Schutzgrenze von 16 auf 18 Jahre sehen wir keine Veranlassung. Gegen den sog. Arbeitgeber-Paragrafen müssen wir uns entschließen erklären. Kennen Fälle vor, in denen sich der Arbeitgeber unter Mißbrauch seiner Stellung zu Unsitlichkeiten gegen Untergebene verhalten läßt, so soll er streng bestraft werden. Ein solcher Paragraf aber würde zu einer unerwünschten Quelle böshafter Demunziationen werden, auch eine Vermehrung der Meinende befürchte ich. Zum sogenannten Theater-Paragrafen behalten wir uns unsere Stellung vor. Noch eine Materie möchte ich hier streifen: der Verkehr zwischen Personen des gleichen Geschlechts. Es mag zugegeben werden, daß hier oft Krankheit im Spiele ist, in solchen Fällen mag Freisprechung erfolgen. Gegen eine Aufhebung des § 176 müssen wir aber protestieren. Dem Antrag Stumm werden wir zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Endemann (natl.):

Im Plenum können wir auf alle die Paragrafen nicht eingehen. Die Vorlage hat mehrere Seiten, die sanitäre, die juristische und die ethische Seite. Der Mediziner hat andere Bedenken, wie der Jurist. Ein Gesetz gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten wäre sehr zu wünschen, ist aber sehr schwierig. Aber man kann der größte Moralist sein und wird doch sagen müssen, die Prostitution ist ein notwendiges Uebel. (Lur: rechts: Ja, Große Heiterkeit.) Die Begriffe über Sitte und Unzucht sind sehr verschiedene. Es ist schwer zu sagen: Was ist die richtige Sitte. Was ist also unsittlich, unzüchtig? Ich bin gewiß für sittliche Erziehung der Jugend. Aber die Wilder halte ich nicht für so gefährlich. Wozu sind denn die Herren Eltern da? Wozu die Familie? Ich halte Kunst und Wissenschaft nicht für genügend geschützt durch die Vorlage. Die Begriffe darüber, was die Scham verletzt oder nicht verletzt, sind sehr verschieden und sehr schwer festzustellen. Ein großer Theil meiner Freunde kann die besagende Kraft der Kirche nicht anerkennen, aber moralisch sind wir auch. Das Christenthum ist gewiß moralisch, aber es kann doch einer sehr moralisch sein, ohne Christ zu sein. Gehen Sie doch ins Alterthum zurück. Was da keine Moral? Wir schließen uns dem Antrage auf Kommissionsberatung an. (Beifall links.)

Abg. Bargmann (frei. Sp.):

Die Vorlage hat den Vorzug vor dem Centrumsantrag, daß sie Materien, die am bedenklichsten sind, ausgeschlossen hat. Der Arbeitgeber-Paragraf ist uns in seiner Tendenz sympathisch, aber wir halten ihn doch für ungeeignet. Wir theilen da die schon von anderen Rednern geäußerten Bedenken. Es entsteht auch die Frage, soll man hier ein Offizialdelikt oder ein Antragsdelikt machen, auch die Fassung des Paragrafen ist mir bedenklich, weil sie zu unbestimmt ist. Auch gegen den Theater-Paragrafen sind wir, wenn wir auch zugeben müssen, daß manches da gut beseitigt werden könnte, ohne der Allgemeinheit zu schaden. Aber auch in den Einzelangaben ist vieles künstlerisch. Ich erinnere nur an die Hütte Gullbert, deren Leistungen trotzdem sehr verschiedenes beurteilt worden sind. Wenn es gelingen sollte, einzelne Bedenken zu beseitigen, so würden wir für den § 184 stimmen, der die Verbreitung unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen treffen will. Es ist eine Lücke im bisherigen Gesetze, daß jetzt erst eingeschritten werden kann, wenn diese Dinge verbreitet sind, also der Erfolg, der verhindert werden soll, schon eingetreten ist. Medner erklärt sich für Kommissionsberatung. Die weiteren Einzelheiten bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Webel (Soz):

Der Herr Abg. Endemann hat heute bezüglich seiner Auffassung über Religion und Sitte Ansichten entwickelt, die sehr lebhaft von denen abweichen, die seine Parteigenossen Paasche und Graf Orlova bei Beratung des Militäretats behauptet haben. Er kann sich gratulieren, daß die beiden Herren bei seiner Rede nicht zugegen waren; sie wären höchstwahrscheinlich von einer Gänsehaut geschüttelt worden und hätten lebhaften Protest erheben müssen über jene legerischen Ansichten, die er kundgethan hat. (Heiterkeit links.) Ich glaube aber, daß seine Aeußerungen mehr aus seinem Beruf — er ist Mediziner — geflossen sind, als aus seiner Stellung als Nationaliberaler. Er meinte, die Prostitution sei ein notwendiges Uebel. Der Abg. Elöder hat sich sehr energisch dagegen verwahrt. Jedenfalls ist aber der vorliegende Gesetzentwurf ein sehr verkehrtes Mittel, um die Ausbreitung der Prostitution zu verhalten. Man muß der Quelle des Uebels nachgehen, sie abgraben. Ein sehr großer Theil der Frauen, die sich der Prostitution ergeben, thun es aus materieller Noth. Für die Gegenwart liegt keine genaue Statistik vor. Aber in früheren Jahrzehnten hat man die Gründe festzustellen gesucht, die die Frauen der Prostitution in die Arme werfen. Medner verweist auf die Untersuchungen des Statistikers Parent Duchâte. Eine Statistik des Berliner Polizeipräsidiums aus dem Jahre 1871 beweist, daß die große Mehrzahl der Prostituirten durch Noth und Elend gezwungen worden sind, dies Gewerbe zu ergreifen. Ist das der Fall, dann muß es die Hauptaufgabe der Gesetzgebung sein, die Lebenslage und die sozialen Verhältnisse derjenigen Klassen der Bevölkerung, aus der sich heute hauptsächlich die Prostituirten rekrutieren, zu verbessern. Und hierzu ist in erster Linie eine umfassende und durchgreifende Sozialreform notwendig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So sind z. B. die Zustände in der Konfektionsindustrie ganz erbärmlich. Die Mädchen, die genöthigt sind, auf anständiger Garderobe zu halten, müssen dabei mit einem Monatsgehalt von 30-50 M. auskommen. Gehen sie noch Eltern, so können diese ev. die Ausgaben für Garderobe, Pferdebahnen zc. bestreiten, stehen die Mädchen aber allein, so sind sie gezwungen, sich einen Freund zu suchen, der ihre Ausgaben gegen entsprechende Gegenleistung bezahlt. Bekannt ist es ja auch, daß

neum Gehalt unserer Konfektionärinnen gezwungen sind, mit den Gästen schon zu thun, vor allem in den sogenannten Anmirkneipen. Ferner erinnere ich an die Verhältnisse der Chantusen, Schaupielerrinnen. Selbst bei Schaupielern erster Klasse reicht das Gehalt nicht aus, um den Ansprüchen zu genügen, die das Publikum an die Garderobe stellt. All diesen Thatsachen gegenüber wäre es die höchste Zeit, daß der Reichstag gerade auf diesem Gebiete der Thätigkeit der weiblichen Arbeiter einschneidende Reformen vorbringt. Dahin gehört der Normalarbeitstag, das Verbot der Nachtarbeit, Schutz gegen niedrige Löhne. Das Koalitionsrecht muß auch den weiblichen Arbeitern in volstem Maße gewährt werden, damit sie ihre Lage verbessern können; weibliche Fabrikinspektoren müssen in erhöhtem Maße angestellt werden, ferner eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, von denen keine einzige aber den Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hinausgeht und die doch in hohem Maße und in vergleichsweise kurzer Zeit dazu beitragen würden, die Lage der Arbeiterinnen erheblich zu verbessern. Für die Arbeiterinnen, die kein eigenes Heim haben, muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Abende in gemüthlichen, hellen Räumen zuzubringen, wo sie Gelegenheit haben, sich angenehm und nützlich zu beschäftigen. Sobald wir aber mit solchen Vorschlägen kommen, begegnen wir dem lebhaftesten Widerspruch der Rechten. Da muß man doch schließlich zu der Ansicht kommen, daß es den Herren mit der Beilegung der bestehenden Uebelstände nicht besonders ernst ist.

Rum ist anzuerkennen, daß der Entwurf der Regierung einige kleine Verbesserungen enthält. Als eine solche sehe ich den letzten Absatz des § 180 an. Danach solle künftig die Strafe für das Vergehen der Kuppelei, falls mildere Umstände vorhanden sind, bis auf einen Tag Gefängniß ermäßigt werden können. Diese Bestimmung ist durchaus notwendig. So gilt zum Beispiel der intime Verkehr zwischen Verlobten, die später in die Ehe treten wollen, in weiten Kreisen unseres Volkes nicht als unsittlich. Nach dem gegenwärtigen Gesetz aber werden Eltern, die von einem solchen Umgang Kenntniß gehabt und ihn geduldet haben, im Minimum zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt. In acht von zehn solchen Fällen, die in den letzten Jahren in Nürnberg abgeurtheilt wurden, trat Begnadigung ein, das heißt das Justizministerium hat selbst anerkannt, daß hier eine Härte im Gesetz vorliegt. Ich erinnere auch an die ganz belämten Zustände im Spreewald, Thatsache ist, daß die in ihrer deutlichen Tracht herumstrolchenden Kamen nicht bloß ein — das müssen sie ja haben —, sondern zwei bis drei Kinder haben. Die jungen Leute heirathen diese Mädchen erst, nachdem sie sich durch dieses Gewerbe die nöthigen Mittel zur Hausstandsgründung erworben haben.

Der Absatz des § 180 ist also eine absolute Nothwendigkeit und wir werden sogar noch folgenden Zusatzantrag dazu stellen: Als Unzucht im Sinne des Gesetzes ist der Verkehr unter Verlobten nicht zu betrachten. Auch in den § 181a, der das Zuhälterwesen betrifft, werden mildere Bestimmungen hineingebracht werden müssen, wenn es nicht möglich ist, diesen Paragrafen überhaupt zu beseitigen. Thatsächlich ist gerichtlich festgestellt, daß in einer Reihe von Fällen verheiratete Frauen mit Zustimmung ihres Ehemannes sich der Prostitution ergaben, aus reiner Verzweiflung, weil die Existenz der Familie nicht anders aufrecht zu erhalten war. In einem solchen Falle kann nicht im Minimum mit einem Jahre bestraft werden, da müssen mildere Strafen eintreten. Ebenso wenn Prostituirte, nur um ihre alten Eltern zu ernähren, ihrem Gewerbe nachgehen. Eine Konzeption liegt ferner in der Bestimmung des § 181b, wonach die Vorjägerinnen der §§ 180 und 181a keine Anwendung finden auf die Vermietung von Wohnungen an Frauenpersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, sofern damit nicht eine Ausbeutung des unsittlichen Erwerbes der Mietherin verbunden ist. Nur darf es durch diese Paragrafen unter keinen Umständen ermöglicht werden, Bordelle zu errichten. Dagegen erkläre ich mich auf das allerentschiedenste. Der Abg. Endemann hat für diese Toleranzhäuser in Seestädten eintreten zu müssen geglaubt. Nach mir unangenehmen Mittelungen gerathen aber die Mädchen in solchen Toleranzhäusern oft in vollständige Abhängigkeit von ihren Wirthinnen und werden oft von dieser, wenn sie sie bis auf das Letzte ausgebeutet haben, in eine andere Stadt direkt verkauft. Duldet der Staat diese Häuser unter der Kontrolle der Polizei, so liegt für die Männerwelt der Gedanke nahe, daß es auch keine Sünde sei, diese Häuser zu besuchen.

Bevor ich nun auf § 184 eingehe, der sich günstig von den Anträgen des Centrums unterscheidet, muß ich noch den § 182a des Antrags Mitteln einer kurzen Erörterung unterziehen. Das ist der sogenannte Arbeitgeber-Paragraf. Die Regierung erklärt, diesem Paragrafen unter keinen Umständen zustimmen zu können, weil derselbe mehr Unheil als Nutzen stiften müsse. Es kann aber seinem Zweifel unterliegen, daß die durch diesen Paragrafen getroffenen Vergehen recht zahlreich vorhanden sind und daß in einer Anzahl von Fällen die betreffenden Arbeitgeber mit sehr geringen Strafen belegt worden sind. Es dürfte übrigens da doch nicht einfach heißen: Wird mit Gefängniß bestraft, sondern es genügt, wenn solche Vergehen überhaupt bestraft werden. Als Maximum genügt da vollkommen eine Strafe von 2 Jahren Gefängniß, während die Vorlage des Centrums 6 Jahre festsetzt. Nun ist gesagt worden: bereits eine unzüchtige Verührung eines Mädchens oder einer Frau kann danach schwer bestraft werden. Es heißt indes ausdrücklich: ein Mißbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses muß nachgewiesen werden. Wenn Sie sich aber vor Demunziationen scheuen, so können Sie in dieser Beziehung sich ruhig den aus Ihrer eigenen Klasse hervorgegangenen Richtern anvertrauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ihnen gegenüber wird die betreffende Arbeiterin schon sehr viel maßregeln müssen, ehe der § 182 gegen den Diebstahl angewendet wird.

Rum zu § 184. Dieser faßt vor allem all die Punkte, die unter dem Begr: des Unzüchtigen zu verstehen sind, zusammen. Doch hat auch die Vorlage der Regierung große Bedenken, insbesondere in der Ziffer 1, wo es heißt: Wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, vertheilt an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder auslagert oder sonst verbreitet, so zum Zwecke der Verbreitung herstellt oder vorräthig hält, anständig oder anpreist, wird mit so und so viel bestraft. Da ist die Fassung des Centrums-Antrages doch besser. Die Worte „so zum Zwecke der Verbreitung selbst hergestellt“ treffen nicht allein den Unternehmer, sondern auch die Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie im Auftrage des Unternehmers solche Arbeiten ausführen. So liegen doch aber die Dinge nicht, daß Arbeiter sich in solche Geschäfte drängen, nein, sie greifen dazu, weil sie Arbeit haben müssen, und erfahren meist erst, wenn sie im Geschäft sind, womit sie beschäftigt werden. In § 184 der Regierungsvorlage muß also eine Aenderung eintreten nach der Richtung, wie sie in Ziffer 1 des § 184 der Centrumsvorlage enthalten ist. Ferner können wir nicht der Ziffer 2 des § 184 des Centrumsantrages zustimmen, wo es heißt: Wer Schriften, Darstellungen oder Abbildungen, welche das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gröblich verletzen oder die geschlechtliche Unkeuschheit zu erregen geeignet sind, einer Person unter 18 Jahren anbietet, verkauft oder sonst überläßt u. s. w.“ Sehr oft ist es für den Verkäufer ganz unmöglich, das Alter des Käufers oder des Abholers festzustellen. Wie oft holen Dienstmädchen unter 18 Jahren aus Bibliotheken Bücher ab, die ein strenger Richter wohl unter diesen Paragrafen rechnen könnte. Die Dichtungen unseres Goethe oder gar des gottilosen Heine! Der würde wohl ganz unter § 184 2 fallen. Dann aber finde ich in dem Paragrafen selber, namentlich aber in der Motivirung, die ihm Herr Roeren gab, einen Widerspruch. Er sagte: die Meinung, als solle Kunst und Wissenschaft durch diesen Absatz getroffen werden, ist falsch. Wenn auch eine Statue oder Bild geeignet ist, das Schamgefühl zu verletzen, so soll seine Schaustellung an einem öffentlichen Plage oder in einem Museum dennoch nicht unter diesen Paragrafen fallen.

Das war ein Schluß, der mehr der Nothwendigkeit, als der Logik entsprang. Denn wenn Sie die Schaustellung der Abbildungen von Figuren im Laden verbieten wollen, die Figuren selbst auf der Schloßbrücke, im Museum oder in diesem Hause allen Blicken preisgeben, dann begehren Sie einen Widerspruch, aus dem Sie sich nicht hinauswinden können. Auch die Kinder werden Sie durch diese Maßregel nicht „schützen“. Ich war erst neulich einmal an einem Sonntag hier in einem Museum und war überaus überrascht über die große Zahl von Kindern im Alter von 10—12 Jahren, die ich dort antraf. Die Eltern dieser Kinder scheinen also nicht zu glauben, daß diese durch einen derartigen Anblick der sittlichen Verwahrlosung anheim fallen könnten. Wenn Sie den Eltern nicht auch das verbieten wollen, so ist auch das ein Widerspruch, den Sie durch gezwungene Erklärungen schwerlich beseitigen können.

Und noch etwas anderes. Nach Ihrem Paragraphen kann ja auch das Personal in einem Laden, das unter 18 Jahren ist, unter Strafe gestellt werden, wenn es derartige Bilder an das Publikum verkauft. Wenn einmal solche beschriebene Bestimmungen in Kraft sind, dann kann es leicht dahin kommen, daß der Chef einer Kunsthandlung keine Lehrlinge, keine Gehilfen unter 18 Jahren mehr beschäftigen darf.

Ich komme nun zu dem Theater-Paragraphen, auf den die Herren vom Zentrum so großes Gewicht legen. Ich gebe zu, daß im Theater, besonders in Tingeltangeln, eine Menge von Dingen aufgeführt wird, die nichts mit der Kunst zu thun haben, und die ohne Gefahr entfernt werden könnten. Aber man vergißt dabei das eine: auf diesem Gebiete hat die Polizei jetzt bereits sehr weitgehende Rechte. Sie kann jedes Stück auf seine Wirkung auf das Publikum vorher prüfen. Und wenn trotzdem Sachen mehr als zweifelhafter Natur hier aufgeführt werden können, so beweist das nur, daß die Polizeibehörde bereits derart in ihrem sittlichen Gefühl abgestumpft sind, daß sie nichts darin finden (Heiterkeit). Dagegen ist eben diese Polizei im höchsten Grade rigoros, wenn es sich um Dinge handelt, die vom „sittlichen“ Standpunkt betrachtet, sehr harmlos sind. Sie verlangt bei allen öffentlichen Veranstaltungen, die von geschlossenen Vereinen für ihre Mitglieder gemacht werden, zuerst den Vorlaut jedes einzelnen Stücks des Programms. Ich habe hier ein Gedicht, das auf einem Fest der Arbeiter-Bildungsschule vorgelesen werden sollte, und dessen letzte Strophe folgendermaßen lautet:

„Als ich Dir einst mein heilig Jawort gab,  
Da wußt ich wohl, was ich Dir zugeschworen,  
Und halten will ich's Dir bis über's Grab,  
Dir und den Kindern, die ich Dir geboren.  
Ich will sie wärmen mit dem eigenen Leib  
Und nähren sie mit meinem letzten Wissen,  
Doch rein sei meine Ehre als Dein Weib,  
Und rein mein proletarisches Gewissen.“

Dieses Gedicht erschien dem Polizeipräsidenten im höchsten Grade bedenklich. (Hört, hört! links und große Heiterkeit.)

Ferner ein anderes Gedicht, aus dem ich hier einige Zeilen vorgelesen will:

„So hört: Und weckt beim Hahnenschrei ein jeder uns'rer Tage  
Zu hartem Dienst, zu langem Thun, zu ewig neuer Plage.  
Erst wenn der Sonne letzter Strahl hinab in Nacht geschwunden,  
Schlägt uns're Zeit, nach uns're Lust, dann kommen uns're  
Stunden.“

Und dann? — Hört's, die Ihr von Geburt die Herren seid  
Geworden! —  
Dann machen freudig an das Werk sich die „Vandalenhorde“  
Und der Zerstörung Werk beginnt! So mögt Ihr es dem  
Hören:

Die blinde Einnahme wollen wir vernichten und zerstören!  
Das stärkste Bollwerk Eurer Macht, wir wollen es erschüttern:  
Von feiger Dummheit fort und fort soll'n breit die Spähne  
Splittern.

Empor soll'n auf aus ihrer Roth sich reden die Gebogenen  
Und fallen soll, was hinterlist, was Haß und Schande zeugten.  
Frei sei das Auge, frei das Hirn, die sonst so trübe Blicke,  
Ein Schein soll leuchten in die Nacht der ewig Unterdrückten;  
Ein Schein vom Licht, das ausgesandt wird in vielstündend  
Strahlen.

Das ist die Waffe unserer Zeit, das Mißzeug der „Vandalen“.

Auch dies Gedicht wurde im Interesse der Sittlichkeit unterdrückt. (Hört! hört! Andauernde Heiterkeit.) Und das thut dieselbe Polizei, die bei den Tingeltangeln so sehr milde verfährt. Wollte sie freilich bei allen „anständigen“ Schaustellungen auf den Straßen, in den Theatern etc. so streng vorgehen, wie das Gesetz es eigentlich vorschreibt, dann müßten hier in Berlin allein zehn neue Zuchthäuser und Gefängnisse gebaut werden. (Sehr richtig! links.) Da schweigt die Polizei, und je höher die Damen oder Herren stehen, um so mehr schweigt sie, um so mehr drückt sie die Augen zu. (Sehr richtig! links.) Die Angaben, die ich seiner Zeit gemacht über Vorgänge, bei denen eine ganze Reihe höchst-gestellter Personen, Prinzen, Fürsten etc. betheiligt waren, konnte man nicht widerlegen und hat sie nicht widerlegt. (Hört! hört! links.) Aber wenn Sie reden, so meinen Sie immer nur das Volk: Dem Volke muß die Religion erhalten werden! Dem Volke muß die Sittlichkeit erhalten werden! Was die dröckern machen, und wenn es mit der Sittlichkeit im aller schreiestendsten Gegenfuge steht, da rührt sich kein Polizeikommissar und rührt sich auch kein Staatsanwalt. (Sehr richtig! links.)

Was die vom Zentrum vorgeschlagene Maßregel gegen die Gefährdung der Gesundheit anlangt, so will ich hier nicht darauf eingehen. Ich will nur betonen: bei dem Umfang und der Gefährlichkeit der sogenannten Scheimkrantheiten ist es nothwendig, daß die Gesetzgebung eingreift.

Nun noch ein paar Worte über den Antrag des Freiherrn v. Stumm. Herr v. Stumm hat sich sehr energisch für schwere Zuchthausstrafen und für die Einführung der Prügelstrafe ins Zeug gelegt. Der bekannte Strafanstalts-Direktor Krohn hat gesagt: Die Anwendung der Prügelstrafe wirkt nicht allein verrohend auf den, bei dem sie angewandt wird, sondern auch auf die, die sie anzuwenden gezwungen sind. (Sehr richtig! links.) Die Prügelstrafe ist nichts Neues. In den Arbeitshäusern, z. B. in Sachsen, bekommt jeder arme Teufel, der dorthin kommt, den sogenannten Willkommen, das heißt, er wird mit 10 und so viel Hieben empfangen. Gebessert wird er dadurch nicht: das gerade Gegentheil tritt ein.

Wenn im Allgemeinen unsere Strafgesetzbücher milder geworden sind, so geschieht das, weil die Personen, die Tag für Tag mit den Verbrechern zu thun haben, der Ueberzeugung sind, daß, je grausamer die Strafen sind, um so geringer die Einwirkung auf den Verbrecher ist. Aus dem gleichen Grunde schränkt ja auch jeder verständige Lehrer oder Vater die Prügelstrafe bei Kindern ein. Sie wissen ja dasselbe von Ihren Kindern (nach rechts). Freilich: Das Pferd hat Verstand, hat Gefühl, ist gegen Prügel empfindlich! Aber der Mensch ist ein unvernünftiges Vieh, je mehr er geprügelt wird, desto besser. (Großer Lärm rechts.)

Ferner hat Herr v. Stumm unrecht, wenn er glaubt, die jetzigen Strafen seien nicht hart genug. Ob die Richter zu milde urtheilen, das weiß ich nicht; soweit politische Vergehen in Frage kommen, können wir eine besondere Milde nicht verspüren. (Sehr richtig! links.) Möglich, daß weil unsere Richter den verschiedenen Vergehen und Verbrechern wie Sittlichkeitsverbrechen objectiv gegenüberstehen, sie auch menschlicher urtheilen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), während umgekehrt da, wo ihr eigenes Empfinden und Fühlen und ihre politische Ansicht in Frage kommt, sie geneigt sind, sich der Theorie des Herrn v. Stumm anzuschließen und möglichst hart und schwer zu bestrafen.

In Bezug auf die Gewaltthaten gegen Kinder bin ich mit ihm darin einverstanden, daß das das schrecklichste Verbrechen ist, das es überhaupt geben kann. Aber wo werden sie denn hauptsächlich begangen? Sie werden begangen von alten Roués, von Lebemännern der vornehmen Klassen

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die, nachdem sie in der Debauche (Aufschiebung) nicht brüchig geworden sind, alsdann sich an den Kindern vergreifen. Soll ich Sie erinnern an die bekannte Schrift „Der moderne Jungfrauentraub“, soll ich Sie erinnern, daß bei dieser Gelegenheit eine Menge der schwersten Anklagen gegen den König eines Nachbarstaates erhoben wurden, der dieses Verbrechen sich systematisch zu schulden kommen ließ, und es sich heute noch zu schulden kommen läßt! Wenn man alle Genüsse bis auf die Hefe gelöst hat, dann geht man an die armen unglücklichen Kinder heran, dann bilden diese das Opfer, und da mache ich insbesondere wieder dem hiesigen Polizeipräsidenten einen schweren Vorwurf.

Die Unzucht mit Kindern ist noch unserem Strafgesetzbuch ohne Weiteres strafbar. Was geschieht aber? Hier in Berlin weiß die Polizei, daß eine ganze Anzahl Kinder systematisch zur Unzucht verwandt werden; sie kennt die Kinder, — und sie hat nicht die Möglichkeit, die Schenkale, die diese Kinder verwenden, dingfest und haftbar zu machen. (Hört! hört! links.) Wie geht denn das zu? Sie kennt die Kinder, sie läßt sie untersuchen, ob sie mit einer scheinlichen Krankheit behaftet sind; aber daß die Schenkale, die diese Kinder systematisch mißbrauchen, einmal gefast würden, davon hören wir nichts. Auch das geht die Ordnung der Berliner Polizei weit über das erlaubte Maß hinaus! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Woxinglstraßen, die gegen Sittlichkeitsverbrechen angebroht sind, werden sehr selten angewandt; sehr häufig aber tritt bei Sittlichkeitsverbrechen die Begnadigung ein, insbesondere, wenn sie den höheren Gesellschaftsklassen angehören. (Sehr wahr! sehr richtig! links.) Der Kommerzienrath Falk in Nürnberg war wegen an Kindern — nicht bloß an einem Kinde — begangener Sittlichkeitsverbrechen zu 1 1/2 Jahr Gefängniß (nicht Zuchthaus) verurtheilt worden; er wurde, nachdem er noch nicht ganz die Hälfte seiner Strafe verbüßt hatte, vom Prinzregenten begnadigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Ich bitte die Begnadigungsrechte der deutschen Fürsten hier nicht zu kritisiren. (Oho! und Murren links.)

Abg. Vebel (fortfahrend):

Der Amtswachmeister Kollmann in Wittweida wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen an Gefangenen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Strafe wurde im Gnadenwege in Gefängniß umgewandelt, und nach Verbüßung von 1 1/2 Jahren wurde er ebenfalls begnadigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich lenne einen höheren Offizier, der ebenfalls wegen eines Sittlichkeitsverbrechens mit mehrjährigem Gefängniß bestraft wurde. Die Strafe wurde in Festung umgewandelt, und nachdem der Herr neun Monate Festung verbüßt hatte, wurde er begnadigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch merkwürdig, daß gerade in solchen Fällen, die das sittliche Bewußtsein am heftigsten empören, so ausnehmend oft Begnadigungen eintreten. Viellecht bietet Herr v. Stumm seinen Einfluß dahin auf, daß künftig derartige Begnadigungen, die die öffentliche Moral verletzen (Große Unruhe rechts), nicht mehr vorkommen.

Damit habe ich die Stellung meiner Partei zu den Hauptpunkten des Gesetzes dargelegt. Einzelheiten behalte ich mir für die Kommission vor. Dort werden wir auch eine Einschränkung der Polizeiwillkür verlangen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Gauske (frei. Vgg.)

erkennt an, daß die Regierungsvorlage Verbesserungen gegen die bisherige Lage der Gesetzgebung enthält. Das gilt besonders von den Bestimmungen, die sich mit der Kuppel befaßen. Die Milderungen, die hier die Vorlage vorsieht, sind uns sympathisch. Im § 184a des Zentrumsantrages wird eine zu breite juristische Disposition zwischen Dingen, die unzüchtig sind, und solchen, die ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl verletzen. Wir halten die Fassung für unglücklich. Was dem Richter in der kleinen Stadt unzüchtig ist, ist dem Richter in der großen Stadt noch lange nicht unzüchtig. Hier wird auch eine doppelte Sittlichkeit statuiert: eine private und eine geschäftliche Sittlichkeit. Auch das scheint uns nicht glücklich. Der sogenannte Theater-Paragraph ist für uns unannehmbar. Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungs-Kommission. Die Wahlen der Abg. Ricker (fr. Vg.), Zeidler (l.), Depken (natl.), v. Winterfeldt-Mensin (l.) und Dr. Sattler (natl.) werden für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Stöcker (wildlons.) wird beanstandet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Kolonial-Etat, Etat des auswärtigen Amtes).

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Tokales.

**Zur Lokalfrage.** Am 18. März veranstaltet der Verein Berliner Hausdiener geg. 1888 einen Plattenball in der Philharmonie. Dies Lokal steht uns bekanntlich zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Ebenso veranstaltet am 18. März der Konsumverein vor sich eine Festlichkeit in den gessperren Konfektionsläden, Inhaber Saeger. Beide Vereine versuchen Billets in Arbeiterkreisen zu verkaufen. — Die Lokaltäten Murgfeldt's Ballale, Dresdenstraße 98, stehen uns jetzt zu Versammlungen etc. zur Verfügung. Die Lokalkommission.

**Erster Reichstags-Wahlkreis.** Am kommenden Dienstag, dem 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, wird in Cohn's Festsaal, Reuthstraße 21, eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der Reichstags-Abgeordneter August Raden über die Sozialdemokratie und ihre Gegner sprechen wird. Um rege Theilnehmung bitten Die Vertrauensleute.

**Flugblatt-Vertheilung zur Reichstags-Wahlwahl.** Im zweiten Wahlkreise findet am Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, Flugblatt-Verbreitung statt. Genossen, welche gewillt sind, daran theilzunehmen, werden ersucht, sich in den bekannten Lokalen einzufinden. Die Vertrauensperion.

**Zweiter Wahlkreis.** Am Sonntag, Abends 7 Uhr, findet beim Genossen Jubel, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Wollheim über „Die geschichtliche Entwicklung der Menschheit“ referiren wird. Rege Theilnehmung ist erwünscht.

**Die Renewal im zweiten Wahlkreise.** Der Oberpräsident von Berlin hat den Magistrat beauftragt, die Vorbereitungen für die Wahl des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises in Angriff zu nehmen und den Wahltermin in Vorschlag zu bringen. Voraussichtlich wird die Wahl am 11. April d. J., einem Dienstage, stattfinden.

Daß die Weltenuhr einmal stillgefallen hat, ist die neueste Entdeckung der preussischen Legationsbibliothek. Diesen Fehler hat das sonst so zuverlässige gehende Kunstwerk nach den „Berl. N. Nachr.“ für einen Tag an sich gehabt und zwar vor 63 Jahren. Am 9. März 1888 ist, wie der so vergeschickten Welt ins Gedächtniß gerufen wird, Wilhelm I. gestorben und dies Ereigniß hat nach dem Organ des Herrn v. Kardorff das gestern feierlich verkündete Wunder bewirkt. Derartige Stillstände sind erklärlich bei dem Walte einer Alike, die sich tagaus tagein — allerdings vergeblich — bemüht, die Weltenuhr rückwärts zu drehen.

Ein hübsches Märchen finden wir unter der Ueberschrift „Moderne Dienstboten“ in der „Deutschen Tagesztg.“: „Die Dienstbotenmühe in der Reichshauptstadt zeitigt recht sonderbare Wäthen. In den großen Vermietungsbureaus giebt es förmliche Kämpfe zwischen den Hausfrauen um die wenigen dort erscheinenden Dienstboten. Die Löhne sind infolge dessen ungemein hoch. Natürlich nugen die so Begehrten die Nothlage ihrer Arbeitgeber ganz gehörig

aus und sie erhalten ihre Forderungen, die mitunter recht drastisch sind, schlankweg bewilligt. So ist die Forderung eines eigenen Zimmers gang und gäbe, das Neueste aber ist, daß unsere Küchenjungen Zimmer mit separatem Eingang fordern. Ebenso gehört heute zu den Forderungen der Mädchen, daß ihnen die Herrschaft beim Wachen einen 14 tägigen Sommer-Erholungs-Kuraus zuerkannt. Herrschaften, die drei oder vier Treppen wohnen, können ein Dienstmädchen überhaupt nicht erhalten, es sei denn, daß sie einen wesentlich erhöhten Lohn zahlen.“

Es wäre zu wünschen, daß den Proletarierinnen, welche sich als Dienstmädchen verdienen, soviel Selbstbewußtsein innewohnte, als ihnen hier von dem agrarischen Blatte angedichtet wird. Leider sind die meisten Dienstboten noch lange nicht soweit, daß sie sich als Angehörige der Kulturmenschen fühlen.

Die Direktion der Großen Straßenbahn ist von der städtischen Verkehrsdeputation erucht worden, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht zweckmäßig und durchführbar sei, an den gemeinsamen Stationen mehrerer Linien Unterkunftsräume für das wartende Betriebspersonal zu beschaffen, in denen dasselbe gegen Wind und Wetter Schutz finden, gegebenenfalls auch die Mahlzeiten einnehmen könne, so daß es zu diesem Zwecke nicht nothgedrungen ist, die in der Nähe liegenden Restaurlationslokale aufzusuchen. Gleichzeitig ist von der Deputation die Herstellung von Wartehallen für das Publikum nach Art der auf den Stationen der Wannesebahn vorhandenen, in Anregung gebracht worden. In anderen Großstädten sind derartige Hallen etwas Selbstverständliches.

**Billigere Abonnements.** Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn und der Neuen Berliner Pferdebahngesellschaft sind von der städtischen Verkehrsdeputation erucht worden, sich darüber zu erklären, in welcher Weise die Gesellschaften der in den Betriebsumwandelungs-Verträgen getroffenen Bestimmung, betreffend Einführung billigerer Abonnements, genügen wollen. Man muß der Straßenbahndirektion schon sehr schart kommen, wenn sie die insam hohen Abonnementspreise ermäßigen soll.

Der viergeleitige Ausbau der Anhalter Eisenbahn geht jetzt auf der Strecke Südende-Groß-Lichterfelde der Vollendung entgegen. Der neue Vorortbahnhof bei Südende ist bereits dem Verkehr übergeben worden.

Das Polizeipräsidium veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Jährlich müssen Personen, welche das zulässige Alter (jetzt 30 Jahre) überschritten haben, mit ihren Anträgen, die Hebamme n u n t u zu erlernen, abgewiesen werden. Vielfach versuchen die abschlägt Beschiedenen ihre Ausbildung auf einer außer-preussischen Hebammen-Lehranstalt zu gewinnen, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, vor einer preussischen Prüfungskommission sich prüfen zu lassen. Da eine derartige Genehmigung jetzt nicht mehr erteilt wird, bringe ich dies behufs Warnung der Betheiligten hiermit zur öffentlichen Kenntniß.“

Der Einbrecher Richard Erpel ist im Zellengefängniß zu Raabitz irrthümlich geworden und soll in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Der Verein der Berliner Weißbierwirthe beschloß, bei den städtischen Behörden vorstellig zu werden, daß der Präsident des deutschen Gastwirthsverbandes, Herr Th. Müller, demnächst in den Stadtausschuß berufen werde, damit in diesem meist über Gastwirths-konzessions-Angelegenheiten befindenden Verwaltungsgeschichte endlich auch ein Sachverständiger sitze.

Einer merkwürdigen Sache ist die hiesige Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Ein Herr, der in früherer Zeit in Berlin, namentlich in Sportkreisen sehr beliebt und bekannt war, machte die Anzeige, es seien ihm einige Briefe schwer kompromittirenden Inhalts gestohlen worden; er bezichtigte als muthmaßlichen Thäter einen nahen Verwandten und den Sohn seines Wirthes. Infolge dessen gingen, wie er behauptete, aus neue anonyme Briefe bei ihm ein, welche ihn schwer beleidigten. Die gestohlenen Briefe sollten an einen Arztstellen in einem Vororte anonym gefandt sein. Die Kriminalpolizei entfaltete eine rege Thätigkeit in der Sache und kam zu einem überraschenden Resultat. Der Sportsman hatte die sämmtlichen Briefe etc. selbst verfaßt lassen und selbst verandt. Als wahrscheintlicher Grund stellte sich gekränkte Liebe und Eifersucht des fast Sechzigjährigen heraus. Wie aber ein Unglück nie allein kommt, so fand man bei dieser Gelegenheit auch noch andere Dinge heraus, die den falschen Angeber in eine mißliche Lage bringen dürften. Die Untersuchung über diesen Punkt ist noch nicht völlig abgeschlossen.

Ein Liebespaar. Wir berichteten, daß am Samstag im Alexanderplatz-Theater ein Liebespaar verhaftet worden sei. Dazu wird jetzt gefahren: „Die Sittung ist infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses und infolge gänzlich unangebrachter Eifersucht des Gutsbesizers P. erfolgt. Die Gattin war hier bei ihrer Schwester seit zwei Tagen zu Besuch. Ihr Vermögen hatte sie gar nicht bei sich, dieses lagert wohlverwahrt in der Vault (etwa 120 000 M.), das die Dame ohne Einwilligung ihres Ehemannes gar nicht abheben kann. Ihr Stiefsohn, der amerikanische Bürger Kranz, hat von ihr etwa 4000 M. zum Geschenk zur Verwendung für seine in New-York lebende Familie erhalten. Da sich dieser bedauerliche Irrthum erst am nächsten Tage aufklärte, hat Herr P. Herrn Rechtsanwält Kay I bereits beauftragt, die Freilassung seines Sohnes zu veranlassen. Herr P. lebt mit seiner Frau in glücklicher Ehe und das Paar ist wieder in seiner Heimath angelangt, an eine Scheidung haben dieselben nie gedacht. Die Verhaftung ist übrigens nicht im Alexanderplatz-Theater, sondern in Kaufmann's Varietés erfolgt.“

Zu Tode gequetscht. Als gestern Abend der Ruffischer Herrmann Havemann mit seinem mit Seilsagen beladenen Rollwagen in den Thorweg des Hauses Friedrichstr. 105 einfuhr, wurden die Handelsleute August Blümke und Hermann Fährner, die in eine Kirche getreten waren, um das Fuhrwerk vorbeifahren zu lassen, von der überfahrenden Ladung an die Wand gedrückt. Während Fährner nur eine leichte Quetschung am Arme davontrug, wurde Blümke innerlich so schwer verletzt, daß er bereits auf dem Wege nach der Universitäts-klinik den Geist aufgab.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern Abend 8 Uhr in der Friedrichstraße. Der 75jährige Rentier W. wollte von der Karstraße in die Friedrichstraße einbiegen den Fahrdamm überschreiten. Indem der alte Herr einem vom Oranienburger Thor kommenden Omnibus auszuweichen veruchte, geriet er auf die Geleise der Straßenbahn, auf welchen gerade ein Sammlerwagen der Ringbahn herangebraust kam. Der Führer des Wagens vermochte nicht schnell genug zu halten und so wurde W. zu Boden gestoben und gerieth unter den schweren Wagen. Der rechte Arm des Greises wurde von dem Schienenräumer erfasst und festgeklammert. W. erlitt hierdurch erhebliche Quetschungen und hatte außerdem durch den Sturz mehrere Verletzungen erlitten. Er wurde nach der Charitee gebracht.

Ein weiblicher „Leichenflederer“ wurde vorgestern Nachmittags im Thiergarten auf frischer That abgefaßt. Gegen 5 Uhr Nachmittags hatte der zur Zeit stellenlose Handlungsgehilfe L. auf einer Bank in der Nähe der Löwen-Allee Platz genommen und diesel dortselbst in Halbschlummer. Er bemerkte noch, wie ein junges Mädchen auf derselben Bank neben ihm Platz nahm und schließ kurze Zeit darauf fest ein. Diese Gelegenheit benutzte nun das Mädchen, um unter Anwendung aller Vorsichtsmaßregeln eines erfahrenen Leichenflederers in die Tasche des Ruhenden hineinzuschleichen und das Portemonnaie desselben mit ca. 30 M. Inhalt sich anzueignen. Dann ludte sich die Diebin eilig zu entfernen. Die Thätigkeit des weiblichen „Flederers“ war jedoch von einem Kriminalbeamten beobachtet worden, der der Verbrecherin entgegentrat und dieselbe festnahm. Das Mädchen versuchte sich unternimmt des Portemonnaies zu entledigen, dies gelang ihm jedoch nicht. Der inzwischen erwachte Handlungsgehilfe bemerkte, wie die Geldbörse zur Erde fiel und konnte dieselbe sofort als sein Eigenthum rekonozitiren.



**Vermischtes.**

**Aus Kiel wird berichtet:** Der Freitag von Pillau abgegangene, Sonntag hier fällig gewesene Dampfer „Wilhelm“, der Abzehrung Sartori u. Berger gehörig, ist bisher nicht eingetroffen. Es wird befürchtet, daß das Schiff während des letzten Sturmes verunglückt ist. Die glatten Bäume im Sackfenwald. Auf der Bahnstrecke Sackfenwald entpaukt sich dieser Tage unter zwei Herren, die sich im Wagenabtheil gegenüberfahren und augenscheinlich über die Wismar-Verkehrung verschiedener Ansicht waren, wörtlich folgendes Gespräch: A. (freudig erregt zum Fenster hinausschauend): „Ist dies der Sackfenwald?“ B.: „Nein.“ — Einige Minuten später deutet

B. mit dem Finger auf den mit kümmerlichem Gestrüpp beginnenden Wald: „Dies ist der Sackfenwald!“ A. (entsetzt): „Wie herrlich! Könnte ich doch ein Viertelstündchen in dem berühmten Wald lustwandeln.“ B.: „Sie sind wohl Hamburger?“ A.: „Nein, ich bin Berliner, aber in Hamburg geboren.“ Inzwischen war der Zug tiefer in den Wald eingedrungen. B.: „Hält Ihnen nichts an den schlanken Bäumen auf?“ A.: „Nein, wie so?“ B.: „Dah sie eine so glatte Wörke haben.“ A.: „Ja, thatsächlich! die Wörke ist ganz glatt! Wie kommt das?“ B.: „Die haben die Hamburger abgeleckt!“ Der Berlin-Hamburger fragte nicht weiter. Aus Wien wird vom Donnerstag berichtet: Wie die Blätter aus Graz melden, fügten sich Zuschauer während eines B r a n d e s

in Andryg nicht den Anordnungen der Feuerwehr. Als darauf die Gendarmen eintrifft, wurde sie mit einem Steinhaue empfangen. 51 Personen wurden verhaftet. — Gestern flog das Pulvermischwerk der Firma Hafner in Wagnitz in die Luft. In der Umgebung des Ortes wurden die Bäume entwurzelt und zerstört. Personen wurden nicht verletzt. Unwetter auf dem Schwarzen Meere. Die der „Kotwoje Wremja“ aus Sebastopol telegraphirt wird, fanden infolge der während vier Tagen herrschenden Stürme zahlreiche Unglücksfälle auf dem Schwarzen Meere statt. Bei Joti wurden zwei englische Dampfer an die Küste geworfen. Ein nach Konstantinopel gehender türkischer Dampfer ist verunglückt. Ein nach Theodosia gehendes Segelschiff ist mit der Besatzung gesunken. Ein Dampfer der Krim-Kaulasus-Linie erlitt Havarie.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, gute Tochter  
**Eise Willer**  
am 8. d. M., Morgens 7/7 Uhr, an der Blutharm- u. Bauchfell-Entzündung nach achtstägigem schwerem Leiden im vollendeten 10. Lebensjahre verschieden ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 12. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Johannis-Gemeinde, Pflügenlee, aus statt.  
Die trauernden Eltern  
1894b/1 und Geschwister.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater  
**A. Stuedel**  
nach kurzen Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause in Schönholz, Nordbahnstr. 19, aus nach dem Friedhof in Reinickendorf statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Ww. Stuedel nebst Kindern,  
Patzdamerstr. 10.

**Todes-Anzeige.**  
Nach langem, schwerem Leiden verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Groß- und Schwiegervater, der Drechsler  
**Ernst Schnitzer.**  
Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes aus statt.  
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

**Dekateure.**  
Filiale II des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter. Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß unser Kollege  
**Johann Rudolf**  
nach langem Leiden am 6. März, früh 8 Uhr, an der Proletarierkrankheit verschieden ist. Die Beerdigung findet am Freitag, 10. März, Nachm. 4 Uhr, vom Kranenbau „Urban“ aus statt nach dem jüdischen Kirchhof am Blücherplatz. Um zahlreiche Theilnahme bittet  
58/3 Der Vorstand.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins.**  
Unser Mitglied  
**W. Jander**  
ist am 6. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 4 Uhr vom Trauerhause Finkenburgerstr. 11 nach Wilhelmshagen statt.  
Um rege Theilnahme ersucht  
37/3 Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin  
**Alwine, geb. Eckert,**  
im nach nicht vollendeten 1. Lebensjahre am Montag, den 6. d. M., plötzlich verschieden ist.  
Um stille Theilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Aug. Nitschke,** Ackerstr. 114  
den 10. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle d. St. Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee, aus statt.

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters  
1894b  
**Paul Barmann**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Gorscheuer, unseren innigsten Dank.  
**Wittes Barmann u. Kinder.**

**Danksagung.**  
Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Theilnahme, sowie der produktivsten Kranzpenden beim Begräbnis meiner unvergesslichen Frau und Mutter sage ich allen meinen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Stöge für die trostlichen Worte am Grabe der Verstorbene, sowie dem Richter Herrn „Fisch“-Aufgleichzeitig im Namen der Hinterbliebenen meinen tiefgefühltesten Dank.  
**Ernst Schröter nebst Sohn.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Druckfehler-Berichtigung.  
Der in der jetzigen Todesanzeige enthaltene Name soll nicht Lindner, sondern Lüders heißen.

**Danksagung.** [1899b  
Allen Freunden und Bekannten, besonders dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, der Central-Kranken- und Sterbefasse der Tischler, dem Spar- und Vorschuß-Verein Süd-Ost, sowie dem Personal der Firmen Hoff u. Co., Paul Scharf und E. Meiß, welche meinem lieben Manne, unserem guten Bruder die letzte Ehre erwiesen, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.  
Frau Ww. Flemming nebst Kindern,  
Heinrich Flemming nebst Schwestern.

**Genossenschafts-Buchdruckerei**  
Eingetr. Gen. m. beschränkter Haftpl.  
Sonntag, den 19. März 1899,  
Nachmittags 5 Uhr,  
im Lokale des Herrn Karl Ern,  
Kaiserstraße, Solingen:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Erklärung über stattgefundene amtliche Revision pro 1897/98.  
2. Geschäftsbericht (Vorlage der Bilanz pro 1898).  
3. Beschlußfassung über Verwendung des Ueberschusses.  
4. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
295/15 Der Ausschlußrath.

Wer leiht einem intell. Geistesmenschen, verb. die Mittel zur Anschaffung einer Schreibmaschine? Sicherheit Maschine, Einr. u. Ref. Off. sub F. 10 an die Exp.

**Zentralverband der Zimmerer.**  
Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Das Unfallversicherungs-Gesetz“. Referent: Gewerkschafts-Sekretär Millarg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Wir eruchen die Mitglieder, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
254/12 Der Vorstand.

**Textilarbeiter!**  
Montag, den 13. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c (oberer Saal):  
**Oeffentl. Versammlung**  
aller in der Textilindustrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins,  
Tages-Ordnung:  
1. Die Probtypal-Konferenz der Textilarbeiter Brandenburgs. Referent: Franz Korte Berlin.  
2. Wahl der Delegirten zur Provinzial-Konferenz.  
Das Agitationskomitee der Textilarbeiter Brandenburgs.  
J. H. Friedr. Raasch, Königsbergerstr. 32.

**Verband der Sattler und Tapezirer.**  
Filiale I.  
Sonnabend, den 11. März 1899, Abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn Grempe über: „Die Bedeutung der Wässerungsverordnung für die rationelle Beseitigung der Abwässerung in den großen Städten.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiche Theilnahme bittet  
Der Vorstand.  
Die Kollegen der Firma Loh Sohne eruchen wir, pünktlich zu erscheinen.  
150/6

**Orts-Krankenkasse für das Tapezirer-Gewerbe zu Berlin.**  
Sonntag, den 12. März cr., Vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
d. Arbeitnehmer der Arbeitgeber  
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. Nr. 20  
Tagesordnung:  
Wahl von 20 Delegirten  
Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten  
18106  
H. Oest, 1. Vorsitzender  
Pascwaldt, 2. Vorsitzender

**Achtung! Bauarbeiter. Achtung!**  
(Mitglieder der Zahlstellen Berlin 1-5 des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.)  
Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Fenerstein (oberer Saal), Alte Jakobstraße Nr. 75:  
**Kombinirte Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Neuwahl des Ausschusses 2. Regelung unserer Beiträge zur Gewerkschaftskommission.  
32/7 Der Vorstand.

**Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, den 12. März cr., Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andraestr. 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
[31/3] Der Vorstand.

**Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Sonnabend, den 11. März 1899:  
**X. STIFTUNGS-FEST**  
in den Räumen des Feen-Palastes, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke.  
Auftreten des gesammten Theater-Personals. Gesangs-Aufführungen von mehreren Arbeiter-Gesangsvereinen.  
**Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Thiele.**

**TANZ**  
Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.  
Anfang präc. 8 Uhr.  
Program gratis.  
Billet 25 Pfennige.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass die Broschüre: „Das Dresdener Zuchthaus-Urtheil vor dem Deutschen Reichstage“ von Anfang nächster Woche an bei den Bezirksführern in Empfang genommen werden kann.  
[246/8] Der Vorstand.

**Uhren u. Goldwaaren**  
neueste Muster, billigste Preise.  
**Goldene Damen-Uhren**  
v. 16, 20, 25 M. etc.  
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren  
9, 12, 15 M.  
Regulator 9, 14, 20 M. etc.  
**G. Wagner**  
Krauzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.  
Reparaturen gut u. schnell.

**Orts-Krankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin.**  
Hierdurch bringen wir zur geß. Kenntnissnahme der Mitglieder, daß der Bezirks-Ausschuss unter dem 14. Januar d. J. die in der letzten Generalversammlung beschlossene 5. Abänderung zum Kassentatut genehmigt hat. Hiernach ist im § 62 neben den bisherigen Publikationsorganen noch die „Solidarität“, Organ für die Interessen aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“, hinzugefügt, ferner gebildet im § 61 zu den Obliegenheiten der Generalversammlung die Beschlußfassung über Erwerb, Veränderung und Befreiung von Grundeigenthum, sowie über eine hierdurch bedingte Aufnahme von Darlehen, doch bedarf ein dahingehender Beschluß zu seiner Rechtsgiltigkeit der Zustimmung der Ausschlußbehörde.  
Gleichzeitig theilen wir mit, daß die  
16818  
**ordentliche General-Versammlung**  
Sonntag, 26. März 1899, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37,  
stattfindet.  
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung pro 1898 durch den Rentanten.  
2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses bezug. der Abgabe-Entscheidung. 3. Ermalge Anträge der Mitglieder. 4. Verschiedenes.  
Berlin, 1. März 1899.  
Der Vorstand.  
Gust. Günther, Vorsitzender. Rob. Thiele, Schriftführer.

**Steinzeiger Berlins u. Umgeg.**  
Sonntag, den 12. März, Mittags 1 Uhr,  
im Lokale von Nümann (fr. Grindel), Brunnenstr. 188:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Antwort der Meister auf den Vorschlag pro 1899. 2. Welche Schritte haben wir zu thun, um unsere Forderungen eventuell zur Durchführung zu bringen? 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.  
174/1  
Gesellensauschuss und Lohnkommission.

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.**  
**Versammlung**  
am Sonntag, 12. März, Nachm. 5 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.  
T.D.: Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: Schwundhaft mit besonderer Berücksichtigung der Lungenheilstätten.  
Um zahlreiche Theilnahme ersucht  
1700b  
Der Vorstand.

**Ortsverein Charlottenburger Buchdrucker.**  
Sonnabend, den 11. März, Abends 8 Uhr:  
**Grosser Wiener Maskenball**  
im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstrasse 39.  
Grossartige Ueberraschungen. Gut besetztes Orchester.  
Humoristische Vorträge.  
Damenkarte 25 Pf. Herrenkarte 50 Pf.  
Da der Ueberschuss für die Krefelder Weber und die Angehörigen der verurtheilten Lötzbauer Bauarbeiter bestimmt ist, bittet um recht zahlreichen Besuch  
35/11  
Die Vergnügungs-Kommission.

**Achtung! Vereine! Achtung!**  
500 Personen fahend, ist noch für Sonnabende und Saal, Sonntage im April und Mai zu haben.  
1633b/1  
Tel. 4a 6224.  
**E. Lange, Louisenstädt. Konzerthaus,**  
Alte Jakobstrasse 37.  
Für Vereine, Versammlungen, Hochzeiten etc.

ist mein Saal (150 Personen) mit Parkettboden nebst anschließendem Besetzungszimmer (70 Personen) noch an mehreren Sonnabenden, Wochen- und Sonntagen unter sonstigen Bedingungen zu vergeben. Was hier 10 Pf. und die große Reihe nur 20 Pf.  
Berlin O.,  
8162\*  
**Fritz Wilke, Andraestr. 26.**

**Berliner Ressource**  
57. Kommandantenstrasse 57. Tel. Amt IV. 9675.  
Im Monat April noch einige Sonnabende und Sonntage frei.  
[1638b]

**Joseph Peter, Uhren-Handlung**  
Streng reelle Bedienung. 81. Petersburgerstrasse 81.  
**Möbel** auf Theilzahl. Oranienstr. 131.  
Konstante H. & M. Lewent. Beamten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

**Selten günstiges Angebot!**  
Dauerhafte Auszieh-Tische  
Nr. 14, 50.  
Bettstelle, nussbaum poliert  
mit Federmatratze u. Kissen, dauerh. Polster, gut. Dreil. Nr. 24, --  
Schlafsofa mit Sitzauszug,  
gutem Polster und dauerhaften Bezug Nr. 33, --  
Kleiderschrank m. Muschelaufsatz  
Nr. 26, --  
Küchenspind mit Muschelaufsatz  
Nr. 20, -- [1100L\*]  
Dauerhafter Küchentisch  
Nr. 6, --

**Louisenstädt. Klubhaus**  
16. Annenstr. 16.  
empfiehlt seine Säle u. Vereinszimmer zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Frei: Pausenzeit, 1. u. 3. Oerferierzeit. Nach Oheim alle Tage frei mit Ausdrücke Montag, Donnerstag und Freitag, wo die Arb.-Bildungsschule d. Saal benutzt. \*

**Kalbfileisch**  
billig! [1684b] Hagelbergerstr. 41.  
**Halbrenner**, Modell 1899, allerseits, feinstes deutsch. Fabrikat, muß ich hochbillig verkaufen. Garantie noch 10 Monate. Jochstr. 10, Ecke Prenzlauerstr., Maßengeich.

**Fahrräder-Theilzahlung**  
mäßige Anzahlung, sonst Theilzahlung. 1 Jahr schriftl. Garantie.  
33. Oranienstr. 33 II. [1141L\*]

**Für 30 Mark**  
fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 30 Mark, fertige feine Sommer-Valerots nach Maß.  
**Riesenstofflager**  
Krausenstr. 14. I. (fein Laden).

**GENERAL-Fundbureau.**  
Charlottenstr. 93.  
Restauration.  
gutgehend, wegen Familienverhältnisse veräußert. Löwenstr. 29. 1808b  
**Große Sängerges.**

**Gemüse-Geschäft.**  
Kolonialwaaren, Feuerung, groß. Umf. 500 M. Preise, gleich od. April 3. übernehm. Beutel, Gutmamstr. 2.  
**Wettstelle mit Sprungfeder-Matratze** für 8 M. zu verl. Poststr. 44, 2. Hof, 1. Hof, 2. Tr. bei Koch. 1688b

**Schlafsofa**, Spiegel, Bettstellen, Fahrrad, Küchenmaschinen, spottbillig veräußert. Waldemarstr. 27, v. I.  
Anent. v. 4 Regelmäßig zu verl. „Nagerhaus“, Schönhauser Allee 103.

**Arbeitsmarkt.**  
Hausjungen-Reisende  
f. außerhalb, auf Neubauten, zahlr. höchste Provision, event. Gehalt. Man überzeuge sich. Schlaßrad, Reichstr. 10.  
**Reisende,**  
Räder u. Frauen, h. 20. — M. Gehalt wöchentlich verlangt. Schlaßrad, Kunsthändler, Reichstr. 10. 1651b

**Bilder-Reisende,**  
Kolorportre. suchen sofort gegen hohe Provision. 10052\*  
**Drucker & Co.,**  
Oranienburgerstr. 2, Hof part.

**Eine Xyolithfabrik**  
sucht 1 Werksführer und 2 Monteure gegen guten Lohn. Offerte an „Xyolithfabrik“ an Rudolf Mosse, Wien II, Seilerstätte 2. 514\*

Rückenmacher verlangt.  
Edert, Or. Hamburgerstr. 20.  
Berliner u. Harbinger auf best. Stellen verl. K. Zoos, Wienerstr. 57a.  
Berliner u. Weißbier sucht [1692b] K. B. Schulze, Oranienstr. 185.  
Goldarbeiter-Beruf verlangt [1695b] Rob. Martin, Köhlerstr. 27.

1 Tapezierlehrling wird verlangt (Charlottenburg, Braumwehr. 78, pt.  
**Tapezierlehrling** 1895b verl. Baumgarten, Pflügenlee, 71.  
Frisch-Garnierinnen im und aus. Hause, auch zum Erernen, verlangt Köpferstr. 147. 1653b

**Lehrnädchen**  
auf Pantoffelbinderin gegen sofortige Vergütung verlangt. 1892b  
**Josef Schreyer,**  
Hollmannstr. 17.  
Gehobenen-Nähern, gelbt, a. Vornen Panzer, Poststr. 45, 3. Tr. [1891b]

**Schürzen-Nähern** 1896b sucht Sch. m. d. Mühlbergstr. 31.

**Möbel-Ausstellung**  
und Kaufhaus  
**166. Oranien-Strasse 166,**  
am Oranienplatz.  
Dauerhafte Auszieh-Tische  
Nr. 14, 50.  
Bettstelle, nussbaum poliert  
mit Federmatratze u. Kissen, dauerh. Polster, gut. Dreil. Nr. 24, --  
Schlafsofa mit Sitzauszug,  
gutem Polster und dauerhaften Bezug Nr. 33, --  
Kleiderschrank m. Muschelaufsatz  
Nr. 26, --  
Küchenspind mit Muschelaufsatz  
Nr. 20, -- [1100L\*]  
Dauerhafter Küchentisch  
Nr. 6, --

Für die Angehörigen der Bernertheiten in Dresden

Gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:
Maschinen und Feiler Treptom, 2. Rate 2,65. Pianofortefabrik „Darmstadt“ 4,50. Tischlerer von W. Dittler, Schallerstr. 119 und Raumpn...

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Schneider. In München gewinnt der Ausstand weiter eine günstige Wendung für die Arbeiter. Eine Firma, die bereits bewilligt hatte, ist zwar von den Vereinbarungen zurückgetreten, dagegen konnte bei einigen anderen Firmen die Arbeit aufgenommen werden.

Lohnbewegung der Holzarbeiter im Jahre 1898. Darüber hat der Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes eine äußerst allgemein interessante Statistik aufgestellt. Das Wichtigste sei daraus hervorgehoben. Es kommen im Ganzen 114 Einzelsfälle in Frage, wovon 24 durch gütlichen Vergleich ohne Streik erledigt wurden.

Die Typsetzer hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Schützenhause ab, in der Schulz über den Bauarbeiterkongress referierte. In der Diskussion sprach Wolf gegen die Beschäftigung des Kongresses, weil bei demselben nichts herauskommen werde und die Einberufer nur zeigen wollten, daß sie etwas in Sozialpolitik machen können.

Eine öffentliche Versammlung der Klempner tagte am Mittwoch bei Cohn, Peuthstraße, in der Herr Dr. Wehl über Sozialhygiene und Sozialreform referierte. Dem sehr interessanten Vortrag folgte eine rege Diskussion. Von allen Rednern wurde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, bessere sanitäre und hygienische Zustände der Arbeitsräume als äußerst notwendig erachtet.

Die Schmiede in Dresden sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugang ist fernzuhalten. Vom Terrorismus der Unternehmer. Wir haben schon gemeldet, daß die Unternehmer der Spiegelglas-Brandsche in Färth gegenseitig, unter Festsetzung einer hohen Konventionalstrafe für den Zuwiderhandlungsfall, die Vereinbarung getroffen haben, daß Arbeiter, die aus einem Geschäft freiwillig austreten oder aus unliebsamen Gründen entlassen werden, vor Ablauf von sechs Wochen in einem anderen Geschäft nicht eingestellt werden dürfen.

Im Streik der Formner bei Schudert in Rärnberg ist noch keine Wandlung eingetreten. Die Direktion verhält sich hartnäckig, obwohl sie keine Streikbrecher findet. Zugang ist fernzuhalten.

Aus der Rheinpfalz. Einen schätzenswerten Beitrag für die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes liefert — vielleicht unbekanntlich — das in Kaiserlautern erscheinende Blatt „Der Eisenbahner“, offizielles Organ des Eisenbahner-Verbandes, den die Direktion aus der Kaufe hob. Das Blatt schildert die Zustände im Eisenbahndienst wie folgt:

20, 22 und 23 Stunden. Das Personal hat schon mehrmals ohne Erfolg um Kürzung dieser Dienstzeit petitionirt. Mit Freuden würde das gesammte Fahrpersonal auf den Entgang von Fahrplänen verzichten, wenn es nur einen oder zwei freie Tage erhalten würde. Ein freier Tag wird nicht einmal in wirklich dringenden Fällen gewährt. Es sind schon verschiedene Fälle vorgekommen, in denen dem Personal bei der Bitte um einen freien Tage erklärt wurde: „Ja, wenn Sie einen Erzhmann haben und ihn selbst bezahlen, dann schon.“ Solches geschah einem Manne, dessen Frau entbunden hatte; einem anderen, dessen Sohn gestorben, einem Dritten, der Hochzeit machen wollte, einem Vierten, der eine gerichtliche Vorladung erhielt u. s. w. Alle fünf Jahre erhält ein Bremser einen Mantel. Die durchschnittliche Dienstzeit eines Bremers wird von diesen auf 14—20 Stunden angegeben, bei 2,10—2,30 M. Tagelohn und höchstens 90 Pf. Diäten. Die Verhältnisse des Wälderpersonal sind nicht besser. Bei einer Arbeitszeit von 1/7 Uhr Morgens bis 11 Uhr Nachts werden 2,20 M. Tagelohn bezahlt. Viele Schritte haben die Bediensteten von Kaiserlautern schon gemacht, um Abhilfe zu erlangen, ohne jeden Erfolg. Nun wollen sie sich mit einer Petition direkt an Herrn Direktor v. Savale wenden, von dessen bekanntem Gerechtigkeitsinn sie sichere Hilfe erwarten.

Dieses Blatt steht nicht etwa unter sozialdemokratischem, sondern unter ultramontanem Schutze. Das Vertrauen auf den „bekannten Gerechtigkeitsinn“ des Abgewaltigen der pfälzischen Eisenbahnen hört sich allerdings etwas läudlich-naiv an.

Ausland.

Die schwedischen Unterdrücker des Organisationsrechtes der Arbeiter wollen in Deutschland Streikbrecher suchen. Die Gutfabriken haben einen deutschen Hutmachergesellen Traudott nach Deutschland geschickt, um für die Gutfabrik Dalberg in Halmstad deutsche Gefellen zu suchen. Die schwedischen Gefellen bitten die Deutschen, auf der Hut zu sein, daß sie sich nicht etwa durch falsche Vorpiegelungen nach Schweden locken lassen.

Versammlungen.

Die Typsetzer hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Schützenhause ab, in der Schulz über den Bauarbeiterkongress referierte. In der Diskussion sprach Wolf gegen die Beschäftigung des Kongresses, weil bei demselben nichts herauskommen werde und die Einberufer nur zeigen wollten, daß sie etwas in Sozialpolitik machen können. Demgegenüber bemerkte Hagen, der Bauarbeiterkongress sei wichtiger, wie der in kurzem stattfindende Kongress der Lokalorganisierten Gewerkschaften. Der Redner trat entschieden für Beschäftigung des Kongresses ein, die denn auch, nachdem David ebenfalls dafür gesprochen hatte, gegen eine Stimme beschlossen wurde. Als Delegirter zum Kongress wurde David und als dessen Erzhmann Hagen gewählt. Als folgender Punkt stand auf der Tagesordnung: Die Taktik der diesjährigen Lohnbewegung. Dazu führte David aus: Es lasse sich noch nicht absehen, wie sich die Konjunktur im Gewerbe in der kommenden Bauperiode gestalten werde. Er schlage deshalb vor, heut noch keine bindenden Beschlüsse zu fassen, die Gestaltung der geschäftlichen Konjunktur zu beobachten, und wenn diese günstig ist, in eine Bewegung für Durchführung des im vorigen Frühjahr aufgestellten Tariffs einzutreten. Um das zu können, sei es aber notwendig, daß die Typsetzer mehr Interesse für die Organisation zeigen, als es jetzt im allgemeinen der Fall sei. Es folgte eine längere Debatte, in der die gewürdigten Lohnverhältnisse im Typsetzergewerbe als überaus traurige geschildert und betont wurde, daß eine Verbesserung derselben dringend notwendig sei. Hinsichtlich der einzuschlagenden Taktik und der Leitung der Lohnbewegung machten sich die bekannten Gegensätze zwischen den Anhängern der zentralen und der lokalen Organisationsform geltend. Die Versammlung lehnte einen von Hoffman gestellten Antrag, welcher die Einsetzung einer Lohnkommission forderte, ab und stimmte dem einmütigen erwählten Voranschlag David's zu. Hierauf wurde beschlossen, den 1. Mai, wie bisher, durch Arbeitsruhe zu feiern und am Vormittag eine Versammlung abzuhalten.

In einer Versammlung der Formner referierte am 27. Februar Tischler Stuche über Pflichten und Aufgaben der Vertrauensmänner. Redner geht in seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrag vor allen Dingen die Nachlässigkeit der Formner gegenüber der Zentrums-Vertrauensmännerversammlung, die jeden Mittwoch nach dem Ersten des Monats tagt. Ferner die ablehnende Haltung zur Wahl der Werkstatt-Kontrollkommission. Nachdem Redner noch auf verschiedene Mängel aufmerksam gemacht hatte, ermahnte er zur fetten Agitation für den Holzarbeiter-Verband. Bei Besprechung der Werkstattangelegenheiten entspann sich eine längere Debatte über die Streiks bei den Firmen Robert Schmidt, Kraußstraße und Kösemann, Brückenstraße. Man gab der Meinung Ausdruck, daß die Arbeiter durch ihr Verhalten die Niederlage selbst verschuldet haben.

Verder der Tischler Berlin und der Umgegend. In der Mitgliederversammlung, welche am 27. Februar stattfand, referierte Maurer Kater über die nächsten Aufgaben der Gewerkschafts-Organisationen. Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe in gründlicher und sachlicher Weise. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, an der sich Wied und Hrens von Holzarbeiter-Verband beteiligten. Ersterer bezweifelte die Existenzberechtigung des Vereins. In seinem Schlusswort betonte der Referent, daß nicht die Form der Organisation, sondern der Geist in derselben in Betracht käme. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, die Treptower Stenwarte am zweiten Osterfeiertag, Nachmittags 5 Uhr, zu besuchen. Einladungskarten à 75 Pf. sind beim Kassierer und auf den Poststellen zu haben.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Berlin III) hielt am 5. März seine regelmäßige Versammlung ab. Die Delegirten Rosd und Wobjer erstatteten Bericht vom Bauarbeiterkongress zu Magdeburg und erklärte sich die Versammlung mit der Haltung der Delegirten einverstanden. Für die Gewerkschafts-Kommission wurden 40 M. bewilligt.

Die Maschinen- und Feiler wählten am 5. März in einer öffentlichen Versammlung Grempe und Wilsdorf zu Delegirten für den Bauarbeiterkongress.

Im Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Klasse I) sprach am 6. März Adolf Hoffmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Auf was wir stolz sind. Eine Diskussion fand

nicht statt. Nach Verlesung der Abrechnung der Hauptkasse wurden verschiedene interne Angelegenheiten erörtert. Die Unfallsstatistik wird mit dem 20. März geschlossen und sind alle Meldungen bis dahin an den Vorstand abzuliefern. — Die nächste Versammlung findet am 10. April statt.

Die Bäcker beschäftigten sich am 7. März in einer Bezirksversammlung für den Norden mit ihrer Lohnforderung. Der Referent Bäcker Paris legte vor allem die Bedeutung der Abschaffung von Kost und Logis dar, dem in der Diskussion La m e f noch einige Ergänzungen aus den Verhandlungen mit den Meistern folgen ließ. Im Sinne dieser Ausführungen gelangte sodann eine Resolution zur Annahme und konnte der Vorsitzende am Schluß der Versammlung konstatieren, daß die Entnahme von Streikarten recht zahlreich erfolgt ist.

Mariendorf. Seit Jahren war es auch den Mariendorfern wieder einmal vergönnt, eine Versammlung abzuhalten. Am 5. März tagte im Lokale des Herrn Preuß (Schwarzer Adler, Chausseestraße) eine Gewerkschaftsversammlung, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Reichstags-Abgeordneter Frey Zubeil referierte über das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Zuchtandortlage. Redner besprach zunächst die allgemeine wirtschaftliche Lage und die Umwälzungen in der gesammten Industrie seit 1870/71, beleuchtete die Lokal- und Zentralorganisationen und verwies auf die ältesten Vereinigungen, z. B. die der Buchdrucker, Labelarbeiter und Gutarbeiter, betonend, daß auch lokale Organisationen nichts mehr nutzen können, sondern nur die Zentralorganisationen. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen 2/4ständigen Vortrages richtete Redner die Aufforderung an die Anwesenden, die Wirthe zu unterstücken, die den Arbeitern gestatten, sich auch bei ihnen zu versammeln. An der Diskussion beteiligten sich Jessjorsky, Tempelhof und Heinemann-Rigdorf im Sinne des Referenten.

Charlottenburg. Am 7. März tagte im Lokal „Bismarckhöhe“ eine von der Lohnkommission einberufene Maurer-Versammlung, deren Besuch trotz der wichtigen Tagesordnung leider zu wünschen übrig ließ. Der Reichstags-Abgeordnete Stolle hielt einen anschaulichen und lehrreichen Vortrag über die Mißstände im Baugewerbe und ihre Folgen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion unterblieb. Zum nächsten Punkt: Bedeutung des Bauarbeiter-Kongresses, referierte der Vorsitzende Wilhelm Schulze. Nach einer kurzen Diskussion wurde Schulze zum Delegirten gewählt. Schönborn erstattete hierauf den Bericht der vierten Konferenz der Provinz Brandenburg.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Geschichte (Geschichte vom 16. Jahrhundert bis auf die Jetztzeit, mit besonderer Berücksichtigung des geistigen Lebens). Schriftsteller Dr. Rudolph Steiner.

Veje- und Distriktsklub. Freitag. „Diegen“, Schräder, Wiesenstraße 39. — „Karl Marx“, Raumann, Blücherstr. 42. — „Stralau“, Girdig, Stralau Nr. 17. — „Reiner“, Seibel, Gerichtstr. 19.

Arbeiter-Turnerklub Berlin und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Reumann, Brunnenstr. 150. — Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Rantaustr. 50, b. 2. Tr. Freitag. Neujahrsgesellschaft am 9.—11. Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiserlicher Männerchor“, Wernau, Schwebelstr. 23/24. — „Nord“, Adolf Reumann, Brunnenstr. 150. — „Unverzagt I“, Rippel, Reichstr. 15. — „Bismarck-Männerchor“, Färstehof, Spandauerstr. 137/38. — „Bereinte Sangesbrüder Moabit“, Barr, Putilstr. 10. — „Raislöhden“, Schatz, Lindwernerstr. 26. — „Gemüthsheil“, (Payer), Krüger, Seidelstr. 30. — „Morgenroth I“, Charlottenburg, Feder-Bismarckstr. 74. — „Topographia“, Cohn, Beuthstr. 20. — „Georgina“, Dembicki, Götterstr. 62. — „Rhinhold“, Feind, Weinst. 11. — „Johannaleer Vorstadt“, Weste, Eimermünderstr. 26. — „Fris“, Rarzin, Rantaustr. 88. — „Männer-Sangesverein“, Brandenburg a. O., Wengert, Bergstr. 6. — „Albert“, Bagel, Wagnelstr. 78. — „Freie Kleeblatt“, Mann, Straußbergerstr. 3. — „Nordwest“, Mühlstr. 7. — „Sängerklub“, Weihenfer, Schulz, Gieselerstr. 61. — „Eintracht II“, Gerdswalde, Gagenwald, Eisenbahnstr. 66. — „Völkerrichtung“ (Studienkreis), Greiter, Oranienstr. 109. — „Neue Zeit“, Lorentz, Böttch u. Voltstr. 66. — „Vaterland“, Brandenburg a. O., Bergstr. 6. — „Freiheitsgloten“, Kurze, Dunderstr. 2. — „Königlicher Männerchor“, Weihenfer, König, Chaussee 38. — „Treuer Hingebung“, Schulz, Alexanderstr. 8. — „Karl-Marx-Kammer über Männerchor“, Gabel, Vandenbergerstr. 156. — „Freie Sängler II“, Spandauer Straße 13. — „Treptom“ in Treptom, Scheer, Baumhuldenweg. — „Retal“, Arbeiter-Ordnung, Tabert, Wartenstr. 14. — „Treue“, Romad, Rantaustr. 6. — „Kriem“, Rigdorf, Bernthof, Hermannstr. 204. — „Sangesbrüder“, Zimmermann, Wagnelstr. 8. — „Sangesverein“, Maurer-Rigdorf-Beit, Rigdorf, Wägen, Bergstr. 162. — „Treu und Einigkeit“, Rigdorf, Wägen, Bergstr. 24. — „Sangesverein“, Rigdorf, Schiller, Rantaustr. 57. — „Macht der Väter“, Kolling, Turmstr. 30. — „Freie Sängler I“, Heegerstraße b. Gerdswalde, Baugasse, Jagdschloßchen. — „Kosalia“, Pflanz, Königsbergerstr. 34. — „Raf“, Rantaustr. 18.

Arbeiter-Rauherbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Rasche, Rigdorf, Wagnelstr. 1, IV. Freitag: „Germania“, Kubaght, Rantaustr. 25. — „Große Stunde“, Gauger, Alexanderstr. 122.

Sings- und geistliche Vereine. Freitag. „Alteisen“, „Hellenen“, Pütcher, Kraußstr. 6. — „Rufst“, „Kriem“, Gabriel u. Jäger, Lebnstschloß. — „Rauklub“, Ohne Raum, Spät, Weinst. 26. — „Turno“, „Geldbrunnen“, abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: 1. Männerklub, Vantstr. 9—10. — „Turno“, „Oden“, Wagnelstr. 63a, 8 1/2—10 Uhr (Belohnungsabteilung); Kraußstr. 49, von 8—9 1/2 Uhr (Damenklub). — „Aufstrebend“, „Allegretto“, Wägenstr. 38. — „Erlaubt“, „Gemüthsheil“, Restaurant Pagenhofer, Wägenstr. 104. — „Steffus“, „Widwunder Brand“, Wägen, Wägenstr. 6. — „Arbeiter-Turno-Weihenfer“, Turnstunden abends 8—10 Uhr. — „Vereinsklub“, Vorkstr. — „Bergungsbund“, der „Inhalts-Agenten“, Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, Neues Klubhaus, Lammhantelstr. 72. — „Bühner“, „Turo“, Waldemarstr. 13.

Arbeiter-Turnerklub. Freitag. Turno, „Fichte“, Berlin, Wägenstr. 8—10 Uhr: 2. Männerklub, Schallerstr. 55—56. 4. Männerklub: Stephonstr. 3, 5. Männerklub, Wägenstr. 67. 6. Männerklub, Stallweidenstr. 54. 1. Lehrlingsklub, Friedenstr. 37. 3. Lehrlingsklub, Wägenstr. 21. 1. Damenklub, Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Turnerzeit“, Rigdorf-Beit, 3. Schallerstr. von 6 1/2—8 1/2 Uhr: 3. Männer und Lehrlingsklub, von 8 1/2—10 1/2 Uhr abds., Hoffmann, Bergstr. 151/152. — „Turnerschaft b. B.“, „Kerens“, Männerklub, von 8—10 Uhr abds., Keitingerstr. 131/132. Damenklub, v. 8—10 Uhr abds., Mariannenstr. 47. — „Turnverein“, „Fichte“, Köpenick, Männer- und Jugendabteilung, von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Hotel Klein am Wilhelmplatz. — „Turno“, „Froh u. Frei“, Groh-Adlerfeld, Bagel, Chausseestr. 104, 8 1/2—10 1/2 Uhr abds.

Arbeiterverein „Vorwärts“, Kopenhagen. Jeden Freitag im Vertheilokale, Korsgade 49: Versammlung. Dasselbe befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Sozialistenklub „Vorwärts“, Christiania. Café Reiser, Olaf Ryed Plads 8.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 29, Hamburg, Fildase 7). Sonnabend, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Bergemann, Polamalerstr. 3: Mitgliederversammlung.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Andrastr. 21: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Grun d m a n n über: „Lungen- und Nierenleiden“. Demonstrier am lebensgroßen, künstlichen Menschen. Wägen, Frauen und Männer, sind willkommen.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, Abends 7 Uhr, Nachabend bei Rehmwald, Alie Jakobstr. 54/55. — Neue Mitglieder werden beifällig aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

H. D. Wühlhausen. Das schweizerische Gewehr Modell 89, System Schmidt-Nahin, feuert 12 Patronen hintereinander, die in einem Kastenmagazin im Mittelfuß liegen. In der Kamme können 20 geladene Schüsse abgedehnt werden. Das deutsche Gewehr, Modell 88, hat Mehrlade-Vorrichtung, vermittelst deren 5 Patronen ohne Laden abgeschlossen werden.



**Achtung!**  
**Zu 6 Monaten Elektromonteur!**  
**„Elektra“** (G. m. b. H.) Prinzenstraße 55 I.  
 (Gegenüber der Turnhalle.)  
 Am Freitag, den 17. März cr. beginnt ein  
**Neuer Abendkursus**  
 für Elektromonteur, Installateur, Maschinisten, Zeichner  
 und alle diejenigen Herren aus anderen Branchen, welche ihre  
 Stellung verbessern wollen.  
 Keine Vorkenntnisse nötig unter Garantie vollkommener  
 theoretischer und praktischer Ausbildung.  
**Theoretischer Unterricht** Prinzenstr. 55, I, Lehrsaal I.  
 300 Demonstrations-Apparate. Praktische Jugenteure.  
**Praktischer Unterricht** im Lehrsaal II u. III, Dresdener-  
 strasse 103. Eigene elekt. Zentrale. Unter Leitung eines  
 Montagemasters und Elektro-Jugenteurs.  
**Jeder Schüler arbeitet selbst mit.**  
**Schlusszeugnis. Stellungsnachweis.**  
**390 Neuaufnahmen.**  
 Anmeldungen jederzeit bis Abends 10 Uhr. Sonntags bis 1 Uhr.  
 Honorar monatlich 6 M. Prospekt und Stundenplan gratis.  
 ☎ **Telephon Amt IVa 6006.**

**Unsinn**  
 ist  
**Viel Geld**

für Güte auszugeben, man  
 erhält auch zu billigen  
 Preisen gute Sachen, wenn  
 man die richtige Bezugs-  
 quelle kennt. [10022\*]  
 Kasanfilzhüte v. 0,75 M. an  
 Herrenfilzhüte 1,25 „  
 Cylinderhüte 4 „  
 Haarfilzhüte 4,80 „  
 Einsogungshüte v. 1 M. an  
 Chapeaux claques zu 8 „  
 9 „ u. 10 „ M.  
 Im Einzelverkauf bei  
**Arnold & Eggert,**  
 Gut-Engros-Lager  
 Waldemarstr. 44, pr. rechte  
 Kein Laden.

**Einsegnungs-Anzüge**  
 in blau u. schwarz Kammergarn u. Chemise zu sehr billigen, aber festen Preisen.  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

**D. Wurzel & Co.,** Wrangelstraße 17,  
 Mantelstraße.  
 Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Ver-  
 kleidung: blau Cöper-Jacken M. 1,65, steigend je Größe um 10 Pf. blau  
 Cöper-Polier, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Blousen, Wä-  
 fferl u. Monteurhemden. **D. Wurzel & Co.,** Wrangelstr. 17.

**Charlottenburg!**  
 Grosses Lager! [1100L\*]  
 Reparaturen gut und billig.  
**Uhrmacher F. Kunstmann, Wallstrasse 1.**

**Kein**  
**Laden!**  
 Das Allerneueste  
 und 2,75 M. Letzte Neuheit „American“, steifer Herrenhut, à 2,50 und 3 M. Kon-  
 firmandenhut von 1,85 M. an. Herrenhüte, weiche, von 1,50 M. an. Kinderhüte  
 von 75 Pf. an. Hocheleganter Zylinderhut von 6 M. an. — Zu jedem Gut ein ver-  
 goldetes Monogramm  
 gratis.  
**Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38.**  
 Hut-en gros.



**Kein Laden!**  
 Empfehle mein reichhaltiges  
 Lager in  
**Filz- und Seidenhüten,**  
**Schirmen**  
 in den neuesten Façons und  
 Farben, äußerst billige Preise.  
**Richard Klose, Anflamerstr. 41,**  
 zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.  
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

**Patent-**  
**Geschäft.**  
 Aus weiche Herren-Hüte, elegante Formen  
 mit fantasiefarbenen Bändern, per Stück 2,50  
 mit steifer Herrenhut, à 2,50 und 3 M. Kon-  
 firmandenhut von 1,85 M. an. Herrenhüte, weiche, von 1,50 M. an. Kinderhüte  
 von 75 Pf. an. Hocheleganter Zylinderhut von 6 M. an. — Zu jedem Gut ein ver-  
 goldetes Monogramm  
 gratis.  
**Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38.**  
 Hut-en gros.

**J. Brünn,**  
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4  
 Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände  
 meiner  
**Teppiche**  
**Gardinen! Portièren!**  
**Steppdecken! Tischdecken!**  
 zu sehr billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!!**

**Cylinder-Hüte**  
**Chapeaux claques**  
**Einsegnungs-Hüte**  
 weiche und steife Filzhüte zu billigen Preisen direkt  
 in der Fabrik  
 Ecke Andreadstraße.  
**Max Radtke, Blumenstr. 39,**  
 (Kein Laden.)

**Gewerkschaften u. Vereine**  
 empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salon-  
 Dampfer in jeder Zahl und Größe.  
 Soulaute Bedingungen. [6500\*]  
**L. Kahnt, Stralau, Tel.-Amt Stralau Nr. 39.**  
**Nachf.: Johann Schulze, Berlin,**  
 Fischerbrücke 17, Telephon-Amt I Nr. 2869.

**Hans Kayser**  
 10849\*  
 Göttinger Bahnhof, Platz 6  
 Billigste Bezugsquelle für  
**Press- u. Steinkohlen.**  
**Halbrenner,** feinstes deutsches Fabrikat,  
 Modell 1899, aller-  
 sat, muß ich spottbillig verkaufen.  
 Garantiezeit noch 10 Monate. Volk-  
 strasse, Ecke Prenzlauerstr., Wollfengsch.  
**„Problem“**  
 durch sämtliche Zigarren-  
 geschäfte zu beziehen. 14835\*

**Warenhaus J. Hirschweh**  
**53. Wrangelstr. 53, Ecke Falkensteinstrasse.**  
**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Heute, Sonnabend, den 11. März cr., Nachmittags 5 Uhr,  
 eröffne ich in den für mich ausgebauten Räumen  
**53. Wrangelstrasse 53, Ecke Falkensteinstrasse**  
 ein **grosses Warenhaus** für  
**Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren. Gardinen, Teppiche,**  
**Läuferstoffe, Tischdecken, Portièren.**  
 Abtheilung für **Damen- und Herrenwäsche, Handschuhe, Cravatten.**  
 Abtheilung für **Putz, Blumen, Federn, Weiss- und Wollwaren.**  
 Abtheilung für **fertige Betten, Bettstellen und -Federn.**  
 Abtheilung für **Glas, Porzellan, Haus- und Küchengeräthe.**  
 Abtheilung für **Galanterie-, Leder- u. Kurzwaren, Schneiderartikel.**  
 Abtheilung für **Blousen, Costüme, Morgenröcke u. Kinderkleidchen.**  
 Am Eröffnungstage erhält jeder Käufer an der Kasse ein Präsent.  
 Nachmittags 4—5 Uhr Gratisvertheilung von ca. **5000** Bilderbüchern an Kinder.

Die Eröffnung meines neuen

# Kaufhauses des Ostens Weidenweg, Ecke Baltenplatz

Pferdebahn nach allen Richtungen

nahe der Petersburger Strasse

Pferdebahn nach allen Richtungen

findet heute **Sonnabend Nachmittags 4 Uhr** bestimmt statt, und lade ich ein geehrtes Publikum zur gefälligen Besichtigung ein.

## Grosses Lager

**Manufakturwaaren:** Kleiderstoffe, Gardinen-Kongressstoffe, Möbelstoffe, Portièren, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Läuferstoffe, Bezüge, Bettfedern und Daunen, fertige Betten, Bettstellen.

**Weisswaaren:** Handtücher, Gedecke, Tischtücher und Servietten, fertige Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche, Oberhemden, Kragen, Manschetten, aufgezeichnete Handarbeiten.

## Uebernahme von Brautausstattungen!

**Kurzwaaren:** Sämtliche Artikel zur Herren- und Damenschneiderei.

**Wollwaaren:** Strümpfe, Trikotagen, wollene und baumwollene Strick- und Häkel-Garne.

Eigenes Damen-Putz-Atelier im Hause. Lager fertig garnirter Damenhüte.

**Seidene Bänder, Schleier, Rüschen, Schleifen, Korsets, Sonnen- und Regenschirme, Herrenhüte und Kravatten.**

Zur bevorstehenden Konfirmation empfehle ich mein besonders

**Grosses Lager in schwarzen und farbigen Kleiderstoffen.**

Willy Leiser.

**Herren- u. Konfirmandenhüte**, alle Farben, nur neue moderne Sachen, Prima Qualität 1,50 und 2,-. Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch 65 Pf. früher Vorkauf für 4 u. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

**Bettfedern-Ausverkauf** 1898er Waare, so lange der Vorrath reicht, per Pfund von 50 Pf. an bis zu den feinsten. Geflügel-Handlung, Petriplatz 4. Nr. 2133.

**Herren Paletots** in verschiedenen Stoffen, Steppdecken, Vorhänge, Kissen, Bettvorleger, Tischdecken, Kissen, Decken, Operngl., Remontiruhren, Regulat., Uhrketten, sportbill. Pfandbriefe Neanderstr. 6.

**Großer Möbelverkauf** Schützenstr. 2. Ecke Friedrichstraße. Wegen Aufgabe meines Möbelloger-Speichers sollen viele Einrichtungen neuer sowie gebrauchter Möbel ganz billig verkauft werden. Einrichtung 95 bis 300, hochlegante 400 bis 4000 Mark. Gefaule Möbel können bis 5. April stehen, werden durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht, auch nach außerhalb. Und gebe ich an sichere Deute auf Teilzahlung.

**Der Zug nach der Muskauerstraße** entwickelt sich mehr und mehr. Wer kannte wohl früher die ruhige Straße im Südosten vom Mariannen-Ufer bis zur Zeughausstraße. Außer den Interessenten ist sie nur wenigen bekannt geworden. Dort zwischen der Säpender-, der Brangel- und der Waldemarstraße, durchkreuzt von der Eisenbahnstraße, der Mantelstraße und der **Püchlerstraße**, sind in den letzten Jahren eine Menge Häuser entstanden. Bekannt wurde es aber seit dem Oktober v. J., seitdem das **Waarenhaus Herrmann Schlesinger** begründet wurde. Dasselbe soll nächstens vergrößert und die Spezial-Abtheilung für Herren- u. Knaben-Garderobe mit dem Hauptgeschäft vereinigt werden. Um Platz zu schaffen, wird das gesammte Lager sehr billig ausverkauft.

**Carl Stier** Fabrik für **Herren- u. Knaben-Garderobe** Berlin SO., Oranienstr. 168, empfiehlt in grösster Auswahl seine selbstgefertigten Waaren:

Selten günstiger **Gardinenkauf** bei **Bruno Güther**, aus Plauen i. Sachsen. Gegründet 1869 **80 Grüner Weg 80**, parterre. Eing. vom Flur. (Kein Laden.) **Engl. Tüll-Gardinen** v. d. billigsten bis zu den elegantesten. **Neueste Gewebe u. Muster** in Tüll, Tüllspachtel, Mull mit Tüll und Mull-Gardinen (auch Reste). **Jeder Käufer erhält ein Jubiläums-Geschenk.** Gardinen-Muster zur Ansicht portofrei. 974L\*

**Hüte, Schirme.** Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. **Otto Gerholdt**, 2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallbergstraße. Fernsprecher: Amt IV, 447.

**Kammgarn-Anzüge** i. schwarz, blau od. braun, ein- od. zweireih., 20, 25, 27, 30, 33, 36-50 Mk. **Kammgarn-Anzüge** in schönen Melangen, grau, grünlich, gelblich, melirt, 25, 27, 30, 36, 42, 45, 50 Mk. **Cheviot-Anzüge** in schwarz, blau oder braun, 15, 16,50, 18, 20, 22,50, 25, 27, 36-45 Mk. **Cheviot-Anzüge** in melirten und karrirten Mustern, 22,50, 25, 27, 30, 33, 36, 39, 45 Mk. **Zwirnbuckskin-Anzüge** in soliden Dessins, 15, 18, 22,50, 27-36 Mk. **Elegante Rock-Anzüge** in Cheviot oder Kammgarn, 30, 33, 35, 42, 45, 50 Mk. **Hochfeine Gehrock-Anzüge**, elegante Salon-Anzüge, 36, 42, 48, 50 Mk. **Radfahrer-Anzüge** in soliden, haltbaren Lodenstoffen, 12, 15, 18, 20-30 Mk. **Jünglings-Anzüge** in hübschen Dessins, neue Muster, 10, 12, 13-27 Mk. **Knaben-Anzüge** in blau Cheviot mit Matrosenkragen und geschmackvollem Ueberkragen, blau, roth, weiss etc., 4,50-5, 8, 9-12-15 Mk. **Knaben-Anzüge** in melirten Stoffen und eleganten Façons, 3, 3,50, 4, 5, 6, 9-12 Mk. **Paletots** in Cheviot, melirt, solide Paletots, 15, 18, 20, 25, 30 Mk. **Paletots** in Kammgarn, hochfein, 22,50, 25, 27, 30, 36-40 Mk. **Paletots** in modernen Sport-Farben, hochelegant, 20, 22,50, 25, 27-36 Mk. **Havelocks** in soliden Lodenstoffen, 9, 10,50, 12, 15, 18, 20-33 Mk. **Paletots u. Havelocks** für Jünglinge u. Knaben entsprechend billiger. **Hosen** in Kammgarn, neue feine Muster, 5, 6,50, 7,50, 8, 9, 10,50, 12-15,50 Mk. **Hosen** in Cheviot, gestreift oder karrirt, elegante Dessins, 3, 3,50, 4,50, 5,50, 6, 6,50 bis 10,50-15 Mk. **Hosen** in Velour oder gewirnten Stoffen, solide, haltb. Qualitäten, 3, 5, 6,50, 8, 10,50-12 Mk. **Hosen** für den täglichen Gebrauch, sehr haltbare Stoffe, 1,75, 2, 2,25, 2,50, 3-6 Mk. **Joppen** in Lodenstoffen, auch wasserdicht, 3, 4,50, 6, 8, 9, 10,50-15-20 Mk. **Lüstre-, Cachemire-, Panama-Jacketts** 2,50, 2,75, 3,50, 4,50, 5, 5,50-9-12 Mk.

**Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenhochwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankenträger, auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle.** **Reise- u. Papiergekörbe, Blumentische, Korbwaren jeder Art, Kinderbettstellen.** Grösstes Lager Berlins. Auf Kinderwagen gest. Theilzahlung. **A. W. Schulz**, 95 Brandenstr. 95, vis-à-vis Humboldtthain, 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. Fernspr. Amt III, 1767. [754L\*] Musterbuch gratis und franco.

**Einsegnungs-Anzüge** in Tuch, Satin, Diagonal- und covercoats-Stoffen, 12-27 Mk. 1. und 2. reihig. **M. Schulmeister**, Schneidmeister, Dresdenstr. 4, am Rotb. Th. Bitte genau auf die Firma zu achten.

**Milchkübel, Kannen, Satten, Gemässe, Wiegeschalen, Buttermaschinen, Butterknetter** sowie sämtliche milch-wirtschaftliche Bedarfsartikel. **Herm. Jordan** Fabrik: Kl. Markus-Strasse 28. Filiale: Haldestr. 73. Lehrter Elguts-Bahn. Telephon VII, 3163. [1117\*]

Nach auswärts sende Muster und Maassanleitung frei zu. **Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten Sitz und tadelloste Ausführung meiner Fabrikate.** [1108L\*] **Dauerhafte Stoffe!**

**Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau** Oranien-Strasse 30 Ecke Adalbertstraße. **Großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmuckgegenstände zu billigen Preisen.** **Gejangbücher** von Mk. 1,25 an 1026\* in größter Auswahl.